



- **Stadt Zürich zieht sich aus Leukerbad zurück**
- **Le Valais ne veut plus entendre parler du "commerce de la mort"**
- **Finanzkommission will sparen**
- **Soupçon de fraude électorale à Loèche**
- **Wirtschaft: Weniger Steuern**
- **Un coup de main aux PME...**
- **Des communales en octobre**
- **Le diable est dans les détails...**
- **Budget 2008: Licht und Schatten**
- **Après le loup, les canons à neige**
- **Parlamentarisches Kunterbunt**
- **Parlaments-Splitter**

Walliser Bergführer begrüßen Gesetz über Risikosportarten

Verbandsmitgliedschaft von Wanderleitern und Kletterlehrern umstritten

Fiesch. – Die Walliser Bergführer begrüßen das neue Gesetz über sogenannte Risikosportarten. Sie erhoffen sich davon vor allem mehr Sicherheit und Qualität in der Ausübung ihres Berufs.

Der Kanton Wallis gibt sich als erster Schweizer Kanton ein Gesetz über sogenannte Risikosportarten. Der entsprechende Entwurf ist vom Grossen Rat in der Oktober-Session nach einer langen Debatte mit 97 zu 17 Stimmen gutgeheissen worden. Anlässlich der Jahresversammlung des Walliser Bergführerverbands (WBV) am vergangenen Samstag in Fiesch rief dessen Präsident Pierre Mathey den Delegierten nochmals einige zentrale Punkte des neuen Gesetzes wie etwa den Geltungsbereich in Erinnerung. Das Gesetz gilt neu für alle kommerziellen Organisatoren von Sportangeboten, die für die Teilnehmer mit einem erhöhten Risiko verbunden sind, also nicht nur für Bergführer und Schneesportlehrer, sondern auch für Wanderleiter, Höhlenführer, Canyoninganbieter, Tauchlehrer sowie für Flug- und Sprunglehrer mit besonderen Geräten und Hilfsmitteln. Nur wer Aktivitäten auf einem als risikolos anerkannten Parcours anbietet, fällt nicht unter das Gesetz. Dies lässt namentlich Hoteliers freie Hand, die ihren Gästen geführte Wanderungen auf gesicherten Wegen anbieten wollen. Solche Touren können künftig auch durchgeführt werden, wenn sie nicht von eigens geschulten Personen begleitet werden. Auch von Lehrpersonen geführte Schulwanderungen, Aktivitäten von Jugend+Sport sowie Touren von ausländischen Bergführern mit eigenen Gästen sind vom Geltungsbereich ausgenommen.

Sicherheit und Qualität im Vordergrund

Der Verbandspräsident wies auch auf die Sorgfaltspflicht hin. Demnach muss der Leistungsanbieter die Leistungsempfänger über die besonderen Gefahren aufklären, die mit der Ausübung der gewählten Aktivität verbunden sein können und zudem überprüfen, ob die Leistungsempfänger über eine ausreichende körperliche Verfassung für die gewählte Aktivität verfügen.

Als wesentliches Element bezeichnete Pierre Mathey



Wanderleiter und Kletterlehrer liefern Diskussionsstoff: WBV-Präsident Pierre Mathey, Bettina Sulliger, Präsidentin des Bergführervereins Zermatt, und Herbert Volken, Präsident der kantonalen Bergführer- und Skilehrerkommission (von rechts), im angeregten Gespräch. Foto wb

schliesslich die Fortbildung. Diese war bisher Sache der Verbände und wird im neuen Gesetz für obligatorisch erklärt.

Bei der Erarbeitung des Gesetzesentwurfs hätten sich die Bergführer gegen den Vorwurf des Berufsschutzes wehren müssen, tatsächlich seien aber die Sicherheit und Qualität in der Ausübung des Berufs stets im Vordergrund gestanden, hielt Herbert Volken, Präsident der kantonalen Bergführer- und Skilehrerkommission dazu fest. Gemäss Volken muss nun noch die Verordnung angepasst werden. Das neue Gesetz wird voraussichtlich im Lauf des nächsten Jahres in Kraft treten.

Heliskiing: «Leider nichts Neues»

«Leider nichts Neues» konnte Verbandspräsident Mathey über das Heliskiing berichten. Dieses Dossier wird bereits seit sieben Jahren gewälzt und ist beim Bundesamt für Zivilluftfahrt hängig. «Wir haben bis heute lediglich erreicht, dass das Heliskiing nicht grundsätzlich verboten wird», sagte Pierre Mathey. Gegen Bestrebungen, von den insgesamt 48 Gebirgslandeplätzen jene im

UNESCO-Welterbegebiet Jungfrau-Aletsch-Bietschhorn aufzuheben, will sich der WBV wehren. Der Verband ist aber bereit, auf besonders heikle Landeplätze im Perimeter zu verzichten, wenn dafür als Ersatz neue, weniger exponierte Landeplätze bezeichnet werden.

Informationspolitik überdenken

An der Delegiertenversammlung kamen auch das Bergdrama an der Jungfrau und der tödliche Unfall des internationalen Bergführerpräsidenten Claude Rey zur Sprache, der auf dem Aletschgletscher in eine Gletscherspalte gestürzt war. Beim Armeeeunfall an der Jungfrau waren sechs Soldaten in einer Lawine ums Leben gekommen. Gegen die beiden beteiligten Bergführer ist inzwischen eine Voruntersuchung wegen mehrfacher fahrlässiger Tötung eingeleitet worden. In beiden Fällen kritisierte der WBV die «voreiligen und zu wenig bedachten Äusserungen», welche unbeteiligte Bergführer «auch aus der Sektion Aletsch» gegenüber den Medien gemacht hatten. Die Äusserungen hätten dem Image des Berufsstands geschadet, hiess es.

Die Bergführer wurden in dem Zusammenhang an den Ehrenkodex erinnert und zu mehr Zurückhaltung angehalten. Die Information der Öffentlichkeit in ähnlichen Fällen müsse in Zukunft ausschliesslich über den Zentralverband erfolgen, forderte Pierre Mathey.

Als Passivmitglieder willkommen...

Der WBV will die rund 70 Passivmitglieder besser ins Verbandsgeschehen integrieren und damit gleichzeitig seine Position gegenüber dem Schweizerischen Bergführerverband (SBV) stärken. Während die entsprechende Statutenänderung diskussionslos über die Bühne ging, tun sich die Walliser Bergführer mit der Integration der vom SBV ausgebildeten Wanderleiter und Kletterlehrer ungleich schwerer. Diesen will man zunächst nur die Passivmitgliedschaft zugestehen. Die Aufnahme der aktiven SBV-Wanderleiter und -Kletterlehrer soll dagegen um ein Jahr verschoben werden. Diese Position wird der WBV an der Delegiertenversammlung des Dachverbands im kommenden November vertreten. Anlässlich der

Delegiertenversammlung war die Statutenänderung zur Mitgliedschaft im SBV mit neun zu sechs Stimmen bei 15 Enthaltungen (!) gutgeheissen worden.

Jubiläen in Sicht

An der Delegiertenversammlung wurde im Weiteren auf die neue Sektion Aletsch-Bietschhorn hingewiesen, die aus dem Zusammenschluss der Vereine Lötschen und Aletsch hervorgegangen ist. Das Präsidium der neuen Sektion, die nun 60 Mitglieder zählt, hat der frühere Präsident der Sektion Aletsch, Hans-Peter Berchtold, inne.

2009 kann der WBV sein 100-jähriges Bestehen feiern. Im gleichen Jahr stehen mit Erstbesteigung des Bietschhorns vor 150 Jahren und dem 90-jährigen Bestehen des inzwischen mit der Sektion Aletsch fusionierten Vereins Lötschen zwei weitere Jubiläen an, die man mit der 100-Jahr-Feier des Kantonalverbands verbinden will. Wo und in welcher Form gefeiert werden soll, steht noch nicht fest. Die Jubiläen würden aber den Rahmen des traditionellen Kantonalfestes sprengen. Schauplatz des nächsten Kantonalfestes vom 6. bis 8. Juni 2008 wird Evolène sein. **fm**

Gerlinde Bass legt Beschwerde ein

Gegen den Entscheid, sieben ihrer Unterschriften nicht zu beglaubigen

Wallis. – Frau Gerlinde Bass-Bärenfaller gibt sich einfach nicht geschlagen. Sie hat bei der Walliser Staatskanzlei eine Beschwerde gegen den Entscheid eingereicht, dass sieben ihrer fünfzig Unterschriften nicht beglaubigt waren. Sollte sie recht bekommen, könnte es zu einem zweiten Wahlgang der Ständeratswahlen kommen.

Rückblick: Am Wahlsonntag erzielte die Ständeratskandidatin Gerlinde Bass-Bärenfaller

mit 1334 Stimmen ein bescheidenes Resultat. Geradezu mickrig im Vergleich zu den imposanten 45 092 Stimmen, die der Visper Gemeindepräsident René Imoberdorf erreichte. Alle anderen Mitkonkurrenten um den Einzug ins «Stöckli» wie Peter Jossen, Lukas Jäger, Jean-Luc Addor, Léonard Bender, Christophe Clivaz, Michel Carron oder Claude Bourquin waren vom Volksvotum derart beeindruckt, dass sie die Segel strichen und aufgrund der Ausichtslosigkeit einer weiteren Kandidatur auf einen zweiten

Wahlgang verzichteten. Nicht so die äusserst hartnäckige Gerlinde Bass-Bärenfaller, die sich partout erneut zur Wahl stellen wollte. Dass es dazu nicht gekommen ist, verdankt das Wallis einzig und allein der Tatsache, dass von ihren fünfzig geforderten Unterschriften, die es für eine Kandidatur braucht, deren sieben von der Gemeinde Naters nicht beglaubigt werden konnten, weil sich diese keinen Personen zuordnen liessen. Aufgrund der fehlenden Unterschriften konnte die Kandidatur nicht für gültig erklärt wer-

den. Der Staatsrat hat daraufhin den Visper Gemeindepräsidenten als in stiller Wahl gewählt zum frischgebackenen Ständerat erklärt. Wie uns ein Fachmann vorrechnete konnte sich das Wallis auf diese Weise Kosten von 680 000 Franken sparen, die ein zweiter Wahlgang gekostet hätten.

So weit so gut. Vorgestern hat der Fall nun eine erneute Wende genommen. Frau Gerlinde Bass-Bärenfaller ist nämlich auf der Walliser Staatskanzlei aufgetaucht und hat eine Beschwerde eingereicht, wonach ihr zu Unrecht die sieben Un-

terschriften aberkannt worden seien. Die Beschwerde wird nun dem Grossen Rat vorgelegt, der in dieser Sache zu entscheiden hat. Entweder in der November- spätestens aber in der Dezember-Session wird das Parlament in dieser Angelegenheit befinden. Sollte der Grosse Rat zur Ansicht gelangen, die Unterschriften seien der Kandidatin tatsächlich zu Unrecht nicht beglaubigt worden, könnte es zu einem zweiten Wahlgang kommen. Denn es ist kaum anzunehmen, dass Frau Bass-Bärenfaller einen Rückzieher macht. **wek**

Zu Besuch im Wallis

Botschafterin von Bosnien und Herzegovina

S i t t e n. – (I-VS). – Die Botschafterin von Bosnien und Herzegovina in der Schweiz, Ihre Exzellenz Jasmina Pasalic, und ihr Berater Radomir Bejatic wurden am Dienstag in Sitten von der Walliser Regierung empfangen. Diese wurde durch ihren Präsidenten Jean-

Jacques Rey-Bellet, ihren Vizepräsidenten Jean-René Fournier und Staatskanzler Henri von Roten vertreten. Zwischen den beiden Delegationen fand ein reger Austausch über Fragen von gemeinsamem Interesse statt. Die Regierungsdelegation wurde von Georges Mariétan,

Präsident des Grossen Rates, Eve-Marie Dayer-Schmid, Präsidentin der Kantonsgerichts, Evelynne Crettex Reber, Präfektin des Bezirks Sitten, Gérard Pfefferlé, Vizepräsident der Stadt Sitten, und Charles-Alexandre Elsig, Präsident der Bürgergemeinde Sitten, begleitet.



Die Botschafterin von Bosnien und Herzegovina wurde am Dienstag von der Walliser Regierung gebührend empfangen.

Foto zvg

Stadt Zürich zieht sich aus Leukerbad zurück

Verzicht auf 4,47 Millionen Franken

Zürich soll sich aus seinem Engagement in Leukerbad zurückziehen. Die Stadt war seit Anfang der fünfziger Jahre zusammen mit anderen Gemeinden und verschiedenen Kantonen - unter anderem dem Kanton Zürich - Mitglied des Vereins Rheuma-Volksheilstätte Leukerbad, der die Rheuma- und Rehabilitationsklinik Leukerbad (RRKL) betreibt. Der Stadtrat beantragt nun dem Gemeinderat, auf die Rückforderung der drei seither gewährten zinslosen Darlehen in der Höhe von 4,47 Millionen Franken zu verzichten. Bedingung ist allerdings, dass auch die anderen sich zurückziehenden Vereinsmitglieder auf ihre Forderungen verzichten und dass der Kanton Wallis, der den Verein alleine übernimmt, bei einem Verkauf der RRKL vor dem Jahr 2016 einen allfälligen Gewinn zu 50 Prozent auf die Vereinsmitglieder aufteilt. Grund für den Rückzug der Stadt ist die schlechte finanzielle Situation der Klinik, die 2006 aufgrund rückläufiger Patientenzahlen einen Verlust in der Höhe von 1,3 Millionen Franken erlitt. Ein Konkurs konnte nur dank dem Einsatz des Kantons Wallis vermieden werden. Nun will der Kanton den Verein und damit die Klinik übernehmen.

Insgesamt hatte die Stadt grundpfandgesicherte Darlehen in der Höhe von 4,47 Millionen Franken geleistet. Die theoretische Rückforderung würde per Ende 2007 allerdings nur noch 368 150 Franken ausmachen. Wie aus der Vorlage an den Gemeinderat hervorgeht, entwickelte die Stadt im Umgang mit der Rückzahlung derartiger «Darlehen» die Praxis, die Rückforderung innert 30 Jahren um 3,33 Prozent pro Jahr zu reduzieren. Im Fall Leukerbad ist nur noch ein «Teil-Darlehen» von 1,84 Millionen Franken aus dem Jahre 1983 noch nicht 30 Jahre alt und damit hinfällig. Die Stadt hat die Darlehen abgeschrieben.

LETEMPS.

Le Valais ne veut plus entendre parler du «commerce de la mort»

La société allemande Oasis de l'Eternité, qui a fait de la dispersion de cendres humaines son fonds de commerce, n'est plus la bienvenue en Valais. Elle essuie ses premiers refus sur Vaud



Un champ pour dernière demeure. Les cendres de plus de 1000 défunts ont été éparpillées sur l'herbage valaisan. Plus de 300 personnes seraient sur une liste d'attente.

Xavier Filliez

Si le Vieux-Pays ne veut plus de son commerce de la mort, Dietmar Kapelle s'en ira répandre les corps calcinés sur d'autres terres. Dans le canton de Vaud, de Berne ou de Saint-Gall, où des démarches sont déjà en cours. Il ira «payer ses impôts ailleurs». C'est ce qu'il dit. Dietmar Kapelle, c'est le patron charismatique d'une entreprise teutonne qui dérange le Valais conservateur. Oasis de l'Eternité s'est spécialisée dans la dispersion des cendres de défunts, et mène un commerce fructueux sur la commune d'Hérémece depuis cinq ans. Contre paiement, de 500 à 5000 francs selon les formules, on peut réserver une parcelle de pacage valaisan, proche du ciel, pour y passer le reste de l'Eternité. Et Dietmar Kapelle encaisse la taxe de passage de vie à trépas, en quelque sorte.

L'industriel allemand a éparpillé sur son herbage les restes de mille défunts jusqu'à ce jour. «Et trois cents personnes ont signé une promesse d'acquisition», rappelle le directeur de la nécropole herbeuse du Val d'Hérens. En Allemagne, la pratique est interdite par la loi. En Valais, tolérée à ses débuts, l'activité commerciale d'Oasis de l'Eternité a fini par troubler la pudeur des indigènes dans leurs rapports aux rites funéraires. André Quinodoz, un député de la région, en a fait son affaire. Et l'entreprise allemande est désormais menacée par une nouvelle disposition cantonale, acceptée à l'unanimité par le parlement valaisan en première lecture de la future loi sur la santé.

«Les gens de la vallée ne toléraient plus que l'on fasse du commerce sur la mort, à cette échelle et à la vue de tout le monde», argumente André Quinodoz.

S'il est ratifié par le Grand Conseil en deuxième lecture (ndlr, vraisemblablement à la session de février), cet alinéa interdira les pratiques funéraires à caractère commercial en dehors des lieux prévus à cet effet sur l'ensemble du territoire cantonal. Dietmar Kapelle pourrait donc devoir fermer boutique. En Valais, du moins. Il envisage ce déménagement avec la perspicacité d'un chef d'entreprise. «Les communes pourront tout de même libérer des zones à cet effet», maintient Monsieur Kapelle. «Nous avons adressé des demandes à Nendaz et Veysonnaz. Si nos demandes échouent, une dizaine d'autres communes valaisannes nous intéressent...»

Enfin, si aucune de ces démarches ne devait aboutir, Dietmar Kapelle délocaliserait sa société dans un autre canton. Vaud et Berne ont les faveurs de l'entrepreneur allemand pour des raisons très pragmatiques: «Parce que c'est sur le trajet de mon domicile en Allemagne à mon chalet en Valais.» Pour l'heure, Oasis de l'Eternité s'est portée acquéreuse de plusieurs terrains. Sur Vaud, la commune d'Ollon a été approchée il y a quelques mois déjà, mais le conseil communal n'est pas entré en matière, assure le syndic, Jean-Luc Chollet. «Sans connaître les bases légales cantonales, nous nous sommes opposés au principe. Ce monsieur a bien essayé de nous convaincre en avançant des arguments touristiques, les nuitées que cela promettrait à la région, mais nous pensons que Villars ne doit pas devenir la station de référence dans ce genre de tourisme.»

Toutes proportions gardées, ce commerce n'est pas unique en Valais, ni au-delà. Pour preuve: l'entreprise de pompes funèbres Henri Coquoz pratique également la dispersion de cendres humaines sur un terrain transformé en «lieu cinéraire» sur la commune de Martigny-Combe. L'activité est comparable à celle d'Oasis de l'Eternité, à cette différence près que l'entreprise Coquoz est au bénéfice d'une autorisation communale, précisément. «Et que nous ne faisons pas de propagande commerciale à outrance. Nos prix sont également beaucoup plus modérés», avance le directeur, qui reconnaît volontiers la popularité de la pratique. «Pour des raisons financières ou d'entretien des tombes, les gens préfèrent parfois cette solution...»

En Valais toujours, une autre société exploite le filon de manière beaucoup plus mordante et a donné une orientation très internationale à ses activités. Swiss Eternity propose le dispersement de cendres par hélicoptère sur des lieux mythiques tels que le Cervin ou le Glacier d'Aletsch – film promotionnel à l'appui – «et dans trente pays du monde», selon le site internet de l'agence qui ne livre aucun commentaire à la presse.

Si, par anticipation, le départ d'Oasis de l'Eternité rassure quelques croyants valaisans au jour même où ceux-ci célèbrent leurs morts à l'occasion de la fête de la Toussaint, il soulève pourtant déjà une nouvelle interrogation, d'ordre moral celle-là: que va-t-il advenir de la nécropole alpine d'Hérémenche, en zone agricole, si la société venait à cesser ses activités? Réponse de Dietmar Kapelle: «La parcelle sera entretenue. Aux morts, nous avons garanti cinquante ans de quiétude sur ce champ. »

Finanzkommission will sparen

Die Budgetdebatte im Grossen Rat wird sich auch um Sparvorschläge der Finanzkommission drehen

Sitten. – Der Walliser Grosse Rat wird sich in der kommenden Woche mit dem Voranschlag zur Staatsrechnung 2008 befassen. Gesprächsstoff liefern werden Sparvorschläge der Finanzkommission des Parlaments. Diese bewegen sich aber eher in «kosmetischen» Grössenordnungen.

Auf den ersten Blick gibt sich die Finanzkommission des Grossen Rats kämpferisch. Sie verlangt von der Regierung, dass sie die Kosten besser im Griff behält. Der Aufwand soll nämlich weniger stark wachsen als die Einnahmen. Das ist heute nicht der Fall. Weiter verlangt die Aufsichtskommission Abschluss über die Möglichkeit für weitere Steuersenkungen. Gleichzeitig bringt die Finanzkommission auch konkrete eigene Sparvorschläge ein. Insgesamt sollen 8,4 Mio. Franken weniger ausgegeben werden, als dies der Vorschlag der Regierung im Entwurf zum Voranschlag vorsieht.

Höchstens von symbolischer Bedeutung

Der Betrag von 8,4 Mio. Franken erscheint auf den ersten Blick recht eindrücklich. Doch ins Verhältnis gesetzt zu den Einnahmen von 2,378 Mia. Franken oder in Relation zu den Ausgaben von 2,181 Mia. Franken nimmt sich das nur äusserst bescheiden aus, nämlich 0,35 oder 0,38 Prozent. Die erwähnten 8,4 Mio. Franken setzen sich im Einzelnen aus folgenden Sparanträgen zusammen: 1 Mio. Franken soll beim Personalaufwand eingespart werden; dazu 0,3 Mio. bei den Soziallasten im Personalwesen. Eine Kürzung von 5 Mio. Franken schlägt die Finanzkommission beim Sachaufwand (Güter, Dienstleistungen, Waren) vor, auf ein Gesamtbudget von 197,3 Mio. Franken. Die Subventionsbeiträge ohne Investitionscharakter, konkret beim Walliser Gesundheitsnetz (GNW) oder bei den



Der Grosse Rat befasst sich in der kommenden Woche mit dem Budget 2008: Die Finanzkommission des Grossen Rats wartet mit zusätzlichen Sparanträgen auf, die aber insgesamt eher «kosmetischen» Charakter haben.

Foto wb

ausserkantonalen Hospitalisierungen, sollen 2,1 Mio. Franken gekürzt werden.

Die Wünsche an die Departemente

Die Finanzkommission formuliert in ihrem Bericht zum Kostenvoranschlag der Staatsrechnung 2008 verschiedene Wünsche in allen Departementen. Das Finanzdepartement soll die volle Indexierung der Steuern für den Voranschlag 2009 berücksichtigen. Damit soll die kalte Progression ausgeglichen werden. Sie verlangt jährlich einen Bericht über den Stand der Dinge bei den beiden staatli-

chen Pensionskassen. Für die Investitionen in den Spitälern ist gemäss Finanzkommission eine Mehrjahresplanung zu erstellen. Das Gesundheitsnetz soll engeren finanziellen Rahmenbedingungen genügen. Das Erziehungsdepartement soll die finanziellen Auswirkungen des absehbaren Rückgangs der Schülerzahlen im obligatorischen Unterricht und im Kindergarten aufzeigen. Die Betriebskosten bei der Dienststelle für Berufsbildung sind zu senken. Das Volkswirtschaftsdepartement soll die Förderung der Autobahnrestaurants überprüfen. Die exogene Wirt-

schaftsförderung ist zu überdenken. Vom Baudepartement wird verlangt, dass es die für 2008 budgetierten Arbeiten an der Nationalstrasse auch realisiert. Das Budget für den Unterhalt der Wälder ist auf der heutigen Höhe zu behalten.

GPK befasst sich mit dem Personalbestand

Die Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rats (GPK) hat einen Bericht über die Entwicklung des Personalbestands hinterlegt. Dies allerdings nur vor dem Hintergrund des Voranschlags 2008 und nicht etwa in einer Gesamt-

schau über die letzten Jahre. Generell kommt die GPK zum Schluss, dass seit der Gesundung der Kantonsfinanzen ab dem Jahr 2005 der Personalbestand des Staats regelmässig angewachsen ist. Die für 2008 vorgesehenen zusätzlichen 27,7 Stellen werden von der GPK nicht als in jedem Fall gerechtfertigt bezeichnet. Sie verlangt mehr Transparenz im Personalwesen und eine Analyse der ständigen Kommissionen vor dem Hintergrund der Leistungsaufträge. Auch das Parlament muss mehr Disziplin üben, wenn es nach der GPK geht: Bei Plenumsbeschlüssen,

die zur Schaffung von neuen Staatsstellen führen, müssen laut GPK vermehrt auch die finanziellen Auswirkungen berücksichtigt werden.

Gemeinderatswahlen: Wann finden sie statt?

Neben verschiedenen anderen Sachgeschäften wird auch die Abänderung des Gesetzes über die politischen Rechte vor dem Hintergrund der Durchführung der Gemeinderatswahlen behandelt. Anpassungen sind wegen der brieflichen Stimmabgabe und den damit verbundenen Fristen unumgänglich. Hier ist interessant, dass Regierung und vorberatende Kommission unterschiedliche Auffassungen über den Zeitpunkt des Urnengangs haben: Die Regierung möchte die Gemeinde- und Burgerratswahlen im letzten Trimester, also in den letzten drei Monaten der vierjährigen Legislaturperiode festlegen. Die vorberatende Kommission des Grossen Rats spricht sich für einen festen Termin am zweiten Wochenende Oktober des letzten Jahrs einer Legislaturperiode aus. Unbestritten ist die Notwendigkeit einer Neuregelung, die sich wegen der neu eingeführten Möglichkeit der brieflichen Stimmabgabe zwangsläufig ergibt.

Teilrevision des Steuergesetzes

Der Rat wird sodann im Zuge einer Teilrevision des Steuergesetzes über den Bereich der steuerlichen Rahmenbedingungen für unternehmerische Tätigkeiten und Investitionen befinden. Hier wird das Parlament wohl Lösungen anstreben, die im Gegenzug zu einem Rückzug der hängigen Steuerinitiative der Walliser Wirtschaft führen könnten. Gemeinden und der Kanton müssen mit Steuerausfällen in der Höhe von 8,7 Mio. Franken rechnen. Auch bei dieser Sachvorlage sind zahlreiche Abänderungsvorschläge der vorberatenden Kommission und des Plenums zu erwarten. **lth**



Jacques-Roland Coudray est pour les améliorations fiscales concernant les PME valaisannes. FRANÇOIS MAMIN.

Ce sera tout bénéfice pour nos PME

FISCALITÉ ► Le Parlement va se pencher la semaine prochaine sur un projet de loi destiné à soulager la charge fiscale sur les petites et moyennes entreprises du canton. Une mesure qui pourrait priver canton et communes d'une manne supérieure à 17 millions de francs.

PASCAL GUEX

«Pour 100 francs gagnés, certains patrons valaisans doivent payer jusqu'à 68 francs d'impôts. C'est injuste et indéfendable!» La semaine prochaine devant le Parlement, Jacques-Roland Coudray sera bien sûr l'un des plus ardents défenseurs du projet de loi «sur l'amélioration des conditions fiscales applicables aux entreprises entrepreneuriales et aux investissements». Un texte au libellé rébarbatif mais qui est pourtant censé simplifier le quotidien des dirigeants de nos petites et moyennes entreprises. «Celles-ci font et sont le tissu économique du canton. Les mesures présentées visent à améliorer les conditions cadres de cette catégorie de contribuables.» Et d'elle seule. Président de la Commission de l'économie et de l'énergie qui a plaché sur ce dossier, Jacques-Roland Coudray rappelle avec force que les mesures préconisées ne visent pas à soulager les grosses fortunes. «Les grandes sociétés – hydroélectriques, industrielles, banques ou assurances – ne seront pas allégées.»

PME taxées deux fois!

Le projet de loi qui sera présenté mardi prochain en première lecture aux députés valaisans prévoit plusieurs modifications.

La principale, aux yeux de l'élu du Groupe radical-libéral, vise à atténuer les mauvais effets de la double imposition économique. Le bénéfice de nos PME est en effet imposé en Valais une fois comme bénéfice de la société, mais aussi

comme distribution à l'actionnaire.

D'où pour la même masse fiscale une imposition qui peut aller jusqu'à 68%. La disposition proposée à l'acceptation du Parlement vise à réduire l'imposition du dividende appartenant à la fortune privée d'un actionnaire à 60% et celle faisant partie de la fortune commerciale à 50%.

«Malgré cet allègement, le taux global sera encore important puisque proche de 50%. Mais cela devrait tout de même permettre à nos PME de réinvestir un peu plus.» Cet effort aura bien sûr un coût, le manque à gagner pour le canton étant estimé à 8,7 millions. Les communes devant faire avec un manco similaire.

Pionnier en Romandie

Cet allègement fiscal ne constitue qu'un pan de ce projet de loi. Celle-ci vise également à faciliter le passage d'une forme juridique (société de personnes) à une autre (société à responsabilités limitées). Elle prévoit encore des mesures destinées à lutter contre le travail au noir. Les explications de Jacques-Roland Coudray. «On a constaté que les travaux ménagers effectués par des tiers n'étaient généralement pas déclarés à l'AVS ou aux im-

pôts. Afin de lutter contre cette forme de travail au noir, le projet de loi prévoit d'introduire une perception à la source avec un taux d'imposition fixé à 4,5%.» Dernier volet important de cette refonte fiscale: le texte qui sera discuté la semaine prochaine par le Grand Conseil propose que la déduc-

«Les mesures présentées visent à améliorer les conditions cadres»

JACQUES-ROLAND COUDRAY



tion des mises pour les joueurs de PMU ou de Tactylo soit limitée au maximum de 5%. «Ceci devrait permettre de limiter le commerce des mises, certains intermédiaires récoltant les tickets gagnants pour récupérer l'impôt anticipé.»

En cas d'acceptation par le Parlement de ce train de mesures, le Valais fera ouvrage de pionnier en Suisse romande.

«Seuls quatre ou cinq cantons de Suisse centrale ont déjà adopté des conditions fiscales similaires», note un Jacques-Roland Coudray plutôt optimiste quant à l'avenir de ce projet de loi. «Il est soutenu par le gouvernement et a été approuvé par 9 des 11 membres de notre commission.»

Seuls les deux élus du Parti socialiste-Alliance de gauche se sont en effet abstenus à l'heure du vote final.

Le peuple suisse devra voter en février 2008!

La fiscalité des entrepreneurs va faire débat ces prochaines semaines. Non seulement parce que ce dossier occupera le Parlement valaisan à l'occasion de cette session de novembre. Le peuple suisse aura en effet également à se prononcer sur ce sujet le 24 février prochain. La raison? Le référendum lancé par le Parti socialiste notamment contre «la réforme II de l'imposition des entreprises» a abouti avec 57 769 signatures. Résultat: ce référendum sera soumis à votation populaire le même jour que l'initiative «contre le bruit des avions de combat à réaction dans les zones touristiques».

La gauche dénonce dans cette réforme «des cadeaux fiscaux accordés aux gros actionnaires». Le PS estime ainsi que cette réforme va faire perdre aux cantons quelque 900 millions de francs chaque année. Un argumentaire bien sûr contesté par la droite qui aura le temps de défendre l'amélioration des conditions fiscales. En attendant, Jacques-Roland Coudray souligne que l'éventuel succès de ce référendum n'aurait pas d'influence sur notre canton. «Si le Parlement suit le Conseil d'Etat et la commission de l'économie et de l'énergie et accepte ce projet de loi, celle-ci entrera de toute façon en vigueur et avec un effet rétroactif au 1^{er} janvier 2007!» PG

MATÉRIEL ÉLECTORAL SOUS SÉQUESTRE

Soupçon de fraude électorale à Loèche

Une enquête a été ouverte pour fraude électorale dans la commune valaisanne de Loèche. Le matériel relatif aux élections fédérales du 21 octobre dernier, notamment les bulletins de vote et procès-verbaux, a été mis sous séquestre par la police.

Une plainte a été déposée par des privés contre inconnu pour violation du secret des urnes, a indiqué hier Martin Zurwerra, juriste auprès de l'Etat du Valais, revenant sur une information publiée hier par le «Walliser Bote». Parallèlement, l'UDC et des indépendants ont lancé un recours en matière électorale auprès du Gouvernement cantonal et du Grand

Conseil. Les deux partis aimeraient obtenir un recomptage des voix.

Les plaignants ont relevé treize irrégularités lors des dernières élections fédérales du 21 octobre. Ils invoquent l'hypothèse qu'un nombre inconnu d'enveloppes électorales ont été ouvertes et leur contenu modifié. La police a entendu hier les plaignants et les scrutateurs. Un des scrutateurs, membre de l'UDC, a été surpris de voir son propre bulletin et celui de son père dans une enveloppe sans timbre et tampon, alors qu'ils avaient voté par correspondance. Les services juridiques du canton du Valais doivent déterminer si un scrutin

éventuellement truqué à Loèche pourrait changer les résultats des élections fédérales. Le Gouvernement cantonal se déterminera la semaine prochaine sur la base de l'analyse juridique. Le Grand Conseil se penchera aussi la semaine prochaine sur cette affaire, mais uniquement pour ce qui concerne l'élection au Conseil des Etats.

Le président de Loèche entre au National. Lors des dernières élections fédérales, le PS a dû céder un siège à l'alliance des C, le PDC et le PCS. Le socialiste Jean-Noël Rey a perdu face à Roberto Schmidt du PCS. Président

de Loèche, ce dernier a engrangé le plus grand nombre de voix loin devant ses adversaires.

Au final, l'alliance des C occupe quatre sièges au National et le PS un. Le PRD et l'UDC comptent encore un siège chacun. Il a manqué 1400 listes au PS pour garder son deuxième siège.

Du point de vue purement arithmétique, les 1856 listes de Loèche peuvent faire pencher la balance. «*Mais manipuler autant de bulletins aurait pris un temps considérable*», estime le juriste de l'Etat du Valais. «*Il s'agirait dans ce cas d'une fraude électorale de grande envergure.*» ATS

La commission des finances face au gouvernement

POLITIQUE ► Malgré un budget 2008 dans les chiffres noirs, la commission des finances exige une diminution de 8,4 millions des charges. Refus du Conseil d'Etat. Débat mercredi au Parlement.

VINCENT FRAGNIÈRE

Présidée depuis le début 2007 par le radical Philippe de Preux, la commission des finances (Cofi) du Grand Conseil va vivre, durant les sessions de novembre et décembre, sa première vraie confrontation avec le gouvernement à travers l'analyse et l'adoption du budget 2008 de l'Etat.

Et cette confrontation a déjà débuté, puisque avant même la session de novembre, le Conseil d'Etat a refusé en bloc, dans une prise de position envoyée à tous les députés, les 8,4 millions d'économie exigés par la Cofi sur un budget total de 2,3 milliards de francs. «Les efforts consentis par les départements et services nous apparaissent suffisants. Même après l'intégration des effets de la RPT et des nouveaux allègements fiscaux, il respecte le double frein aux dépenses et à l'endettement. Nous nous opposons donc aux propositions de réductions budgétaires de la Cofi», argumente, au nom du gouvernement, le président Jean-Jacques Rey-Bellet dans sa prise de position. Tour d'horizon de cette confrontation en quatre points.

1 Charges et marge d'autofinancement

Si elle ne conteste pas la conformité à ce double frein du budget 2008, la Cofi se base sur deux constatations pour exiger des mesures d'économies supplémentaires: des charges en augmentation de 6,8% par rapport aux comptes 2006 et une marge d'autofinancement en diminution de 29,5% toujours par rapport aux comptes 2006. «Il y a une cassure de la courbe de la marge d'autofinancement en 2006. Cette évolution n'est pas conforme à la conjoncture économique et un tel phénomène est inquiétant», relève le rapport. Mais le Conseil d'Etat n'est pas d'accord avec la comparaison de la Cofi. «Comparer le budget 2008 aux comptes 2006 met en évidence des écarts de deux ans. Ce mode de faire est inapproprié car il accroît les écarts déjà significatifs entre 2007 et 2008 du fait de l'entrée

en vigueur de la RPT et ne tient pas compte des décisions prises dans le cadre de l'adoption du budget 2007.» Concernant l'évolution des charges, le gouvernement l'estime complètement maîtrisée. «Entre 1996 et 2006, les charges progressent en moyenne annuelle de 3,97% contre 4,39% pour les revenus.»

2 29,2 nouveaux postes prévus par le Conseil d'Etat

La Cofi propose de diminuer de 1,3 million de francs les charges du personnel du budget 2008 concernant les postes nouveaux. «20,6 des 29,2 nouveaux postes ne reposent sur aucune décision émanant du Grand Conseil ou d'une base juridique. La Cofi est convaincue que le Conseil d'Etat peut trouver les ressources humaines à l'intérieur de l'administration pour la moitié des 20,6 nouveaux postes.» Une fois de plus, le gouvernement ne partage pas cette analyse. «Pour 2008, plus de 120 demandes ont été déposées par les départements. Nous les avons limités au strict minimum avec 27,7 nouveaux postes de fonctionnaires et 1,7 d'auxiliaires. Les comparaisons intercantonaux montrent clairement que le Valais figure parmi les cantons disposant de la plus faible proportion de fonctionnaires par habitant. Enfin, l'analyse de la Cofi ne prend pas en considération des éléments comme la RPT qui impose des tâches nouvelles aux cantons.»

3 Cinq millions d'économie exigés pour les «biens, services et marchandises»

Se référant toujours aux comptes 2006, la Cofi critique l'augmentation de 18,7 millions prévue par le budget 2008, soit 10,5% pour la rubrique «biens, services et marchandises». «Historiquement, de 2002 à 2006, l'augmentation moyenne de cette rubrique était de 2% par an. Pour le budget 2008, nous estimons qu'il intègre une trop grande marge de sé-



- 2,3 milliards de recettes
- 2,1 milliards de charges
- 195 millions de marge d'autofinancement
- 150 millions d'amortissements
- 45 millions d'excédents de revenus
- 188 millions d'investissements nets

curité et demandons une réduction de 5 millions.» Cette fois-ci, le gouvernement avance une philosophie de gestion pour s'opposer à la proposition. «Vouloir diminuer les montants portés au budget 2008 pour le motif que des économies ont pu être réalisées au compte 2006 revient à inciter les services à épuiser coûte que coûte leurs lignes budgétaires. La proposition de la Cofi risque fort de s'avérer contraire aux efforts entrepris pour maîtriser les dépenses de l'Etat et éviter la fièvre dépensière de décembre.»

4 Deux millions de subvention de moins pour la santé

Enfin, la dernière économie demandée par la Cofi concerne le Département de la santé. Elle veut soit une réduction de la subvention au RSV, soit aux hospitalisations hors canton de 2,1 millions. En cause, la proportion entre les cas lourds

opérés désormais en Valais et les hospitalisations hors canton. «Le RSV, dans son budget, augmente de 4,6% l'index CMI lié à la lourdeur des cas. Cette progression indique que des interventions de plus en plus lourdes peuvent être réalisées en Valais. Cependant, elles nous semblent très surprenantes alors même que nous ne constatons pas une diminution planifiée des hospitalisations hors canton.»

Toutefois, le Conseil d'Etat n'accepte aucune des deux options. Concernant les hospitalisations hors canton, il précise que le Valais «est l'un des plus restrictifs de Suisse», tandis que l'index CMI a été calculé «par des professionnels du secteur des hôpitaux et est conforme aux informations transmises aux départements».

Le Parlement a maintenant deux sessions pour choisir son camp, celui de la Cofi ou celui du gouvernement.

SESSION DE NOVEMBRE

Du budget 2008 aux élections communales

- Entrée en matière sur le budget 2008. Le vote final aura lieu en décembre (mercredi matin).
- Crédit d'engagement de 8,2 millions de francs pour renouvellement du téléphérique Riddes-Isérables. 2,5 millions sont à la charge du canton, le solde de la Confédération (mercredi matin).
- Modification de la loi fiscale pour améliorer les conditions d'imposition des PME valaisannes et grevant le budget de l'Etat de 8,7 millions de revenus. (Entrée en matière mardi et première lecture jeudi.)
- Naturalisations de 127 personnes étrangères (mercredi matin).
- Suppression légale de l'école cantonale d'informatique qui n'existe déjà plus dans les faits. (Entrée en matière mardi et première lecture jeudi.)
- Rapport de contrôle des HES-SO et HES-S2 par la commission interparlementaire de contrôle (jeudi).
- Modification de la loi sur les droits politiques permettant la mise en place du vote par correspondance pour les élections communales d'octobre 2008. (Entrée en matière lundi et première lecture jeudi.)

Wirtschaft: Weniger Steuern

Die steuerlichen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft sollen den Standort Wallis attraktiver machen

Aus dem
Walliser
Grossen Rat

S i t t e n. – Die Steuerbürde für die Walliser Wirtschaft wird erleichtert. Der Grosse Rat beschloss gestern, auf eine Teilrevision des Steuergesetzes einzutreten. Sie zielt in Richtung einer Aufwertung des Standortes Wallis für die kleinen und mittleren Unternehmen. Investitionen sollen steuerlich begünstigt, Gewinne weniger stark besteuert und Nachfolgeregelungen erleichtert werden.

Breite Unterstützung der Revision

Jean-Marie Schmid (CVP Oberwallis) bezeichnet die Teilrevision für die Walliser Wirtschaft und für den Unternehmensstandort als wichtig. Die CVPO unterstützt jede Verbesserung der Steuersituation der Walliser Wirtschaft. Der Kanton Wallis muss mitziehen, wenn er steuerlich attraktiv bleiben will. Die Einnahmehausfälle von 8,7 Mio. Franken für Kanton und Gemeinden sind verantwortlich – dies auf eine Milliarde Franken an Steuereinnahmen. Die Revision macht ganze 0,86 Prozentpunkte an Mindereinnahmen aus. Es geht nicht um Steuergeschenke, sondern um die Beseitigung von Steuerergüssen. Die CVP Mittelwallis argumentiert ähnlich. Der Generationenwechsel in kleinen und mittleren Unternehmen erfährt eine Erleichterung; Investitionen werden begünstigt. **Christoph Michlig** (CSP Oberwallis) bezeichnet die Revision als Instrument für die Verbesserung der Lage der kleinen und mittleren Unternehmen. Die grossen Kraftwerk- und Industriegesellschaften werden damit nicht entlastet. Teils handelt es sich um Anpassungen an Veränderungen im nationalen Steu-



Die Steuerlast für die kleinen und mittleren Unternehmen im Kanton Wallis soll erleichtert werden.

Foto wb

errecht. **Jean-Luc Addor** (SVP) bewertet die Revision als gute Gelegenheit, für die kleinen und mittleren Unternehmen nicht nur gute Worte zu finden, sondern ihnen auch durch Taten zu helfen. Die SVP unterstützt die Vorlage ohne Einschränkungen.

Es geht auch

um die Arbeitsplätze
Aldo Resenterra (freisinnig-liberal) begrüsst die Revision ebenfalls. Die Walliser Unternehmer warten auf diese Erleichterungen und Vereinfachungen. Die Erleichterung der Steuerbürde ist wichtig. Sie geht einher mit der Bekämpfung der Steuerhinterziehung und der Schwarzarbeit. Die CVP Unterwallis unterstützt die Vorlage voll. Es geht auch dar-

um, die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen zu erleichtern und auch Nachfolgeregelungen zu treffen. Die Gewinnbesteuerung wird zurückgenommen. Insgesamt wird die Wirtschaft diese Änderungen begrüßen, weil sie die Rahmenbedingungen verbessern. Zu begrüßen sind auch die administrativen Vereinfachungen.

Grundsätzliche Einwände der SP

German Eyer (SP Oberwallis) erinnert an das Steuerpaket 2004, das abgelehnt worden ist. Drei Jahre später wird eine Steuerreform eingefädelt, die Elemente dieses Steuerpakets enthält, namentlich bei tieferer Teilbesteuerung der Dividenden. Nur 20 Prozent der Bevölkerung sollen

entlastet werden. So werden Einkommensteile nicht oder nur teilweise besteuert; Löhne und Renten müssen hingegen zu 100 Prozent versteuert werden. Die SP Unterwallis kann sich mit fast allen Neuerungen einverstanden erklären. Sie wendet sich jedoch

gegen die Steuererleichterungen für Dividenden. Hier sind rund 15 Mio. Franken an Steuerausfällen zu erwarten. Auf der anderen Seite werden Budgetkürzungen für die Bildung vorgeschlagen. Die SP kündigt aber Widerstand in einzelnen Punkten an.

Bewertung von Kommission und Regierung

Jacques-Roland Coudray (freisinnig-liberal) und Staatsrat **Jean-René Fournier** streichen die Vorzüge der Steuervorlage hervor. Bisher nutzten die Steuererleichterungen vorab den natürlichen Personen, den Familien und den Ehepaaren. Jetzt geht es darum, die Steuerlast und die administrative Bürde der kleinen und mittleren Unternehmen zu erleichtern. Nachfolgeregelungen werden erleichtert, die Doppelbesteuerung der Gewinne abgeschafft. Die kleinen und mittleren Unternehmen, das Rückgrat der Walliser Wirtschaft, warten auf diese Revision. Es handelt sich um eine Vorlage, die für die kleinen und mittleren Unternehmen nachgerade massgeschneidert ist. Das Wallis ist der erste Kanton in der Westschweiz, der Elemente der auf schweizerischer Ebene laufenden Revisionen vorwegnimmt.

Rückweisungsantrag abgeschmettert

Marc Kalbermatter (SP Oberwallis) beantragt die Rückweisung der Vorlage, weil man die Auswirkungen der Teilrevision nicht kennt. Viele Mitglieder des Parlaments verstehen die komplizierte Botschaft nicht. Es mache ihm Mühe, dieses Dokument einzuordnen. Der Rat lehnt den Rückweisungsantrag mit 44 zu 2 Stimmen bei 74 Enthaltungen ab. Mit 116 gegen 6 Stimmen (2 Enthaltungen) beschliesst der Rat Eintreten auf die Fiskalvorlage. **lth**

Verschiedene Sachgeschäfte

Der Grosse Rat behandelte die politischen Rechte auf Gemeindeebene und persönliche Vorstösse

S i t t e n. – Der Walliser Grosse Rat behandelte gestern eine ganze Reihe von persönlichen Vorstössen und die Revision des Gesetzes über die politischen Rechte auf Gemeindeebene. Es geht um die Anpassung der Gemeindefürsorge an die Erfordernisse der brieflichen Stimmabgabe. Dabei zeichnet sich ein Wahltermin am zweiten Oktoberwochenende ab.

Gesetz über die politischen Rechte

Das Gesetz über die politischen Rechte erfährt nach der Annahme der Verfassungsänderung am 21. Oktober 2007 nun auf Gesetzesebene einige Anpassungen. Der Wahltermin und die Fristen werden an die Erfordernisse der brieflichen Stimmabgabe angepasst. Als Wahltermin zeichnet sich neu grundsätzlich der 2. Oktobersonntag ab. Einzig die Vertreterin der Jungsozialisten und die Vertreter der SVP und der FDP-PO bringen Bedenken in Richtung Minderheitenschutz wegen des vorgeschlagenen erleichterten Wechsels vom Proporz- zum Majorzsystem in kleineren Gemeinden vor. Die Entscheidungen fallen in der Detailberatung am Donnerstagnachmittag.

Hürden gegen Scherz-Kandidaturen

Mehrere Sprecher verschiedener Fraktionen kündigen Vorstösse an, welche eine Kandidatur für den zweiten Durchgang bei den Ständeratswahlen an eine höhere Zahl von Unterschriften bei der Hinterlegung oder dann an ein Mindestergebnis im ersten Durchgang binden wol-

len. Dieser Schritt erfolgt im Zusammenhang mit den Erfahrungen der zweiten Runde der diesjährigen Ständeratswahlen. Vor allem Kostenüberlegungen, aber auch die Rufschädigung durch aussichtslose Kandidaturen werden als Argumente ins Feld geführt.

Sneesport an den Walliser Schulen

In einem Postulat verlangt **Lucia Näfen** (CVP Oberwallis) die Einführung von obligatorischen Sneesporttagen in den Walliser Schulen. Es geht ihr auch um ein verbessertes Verständnis für den Tourismus. **Rolf Egge** (SP Oberwallis) bekämpft das Postulat. Es gibt bereits Sportwochen. **Ambros Bumann** (FDP Oberwallis) wehrt sich ebenfalls gegen das Postulat. Dies unter Hinweis, dass es bereits genügend Richtlinien gibt, aber auch zahlreiche Gelegenheiten zum Wintersport geboten werden. Die Schulorte und Schulzentren sollen in dieser Beziehung im Rahmen der bestehenden Richtlinien und Vorgaben frei sein. **Staatsrat Claude Roch** will die Kompetenz bei den Gemeinden belassen, die zwei Wochen für sportliche Aktivitäten zur Verfügung haben. Diese Aktivitäten sollen hingegen gefördert werden. Er nimmt das Postulat in diesem Sinne an. Das Postulat wird vom Grossen Rat mit 46 zu 44 Stimmen (4 Enthaltungen) im Sinne der Regierung angenommen.

Mit Stichentscheid des Präsidenten

Ein Postulat von **Jean-François Copt** (freisinnig-liberal), das Skifahren zur Pflichtkompetenz für Walliser Lehr-

personen erheben will, wird ebenfalls bekämpft. Der Rat nimmt auch dieses Postulat an, und zwar durch Stichentscheid des Präsidenten, nachdem sich bei der Abstimmung im Plenum mit 44 zu 44 Stimmen (4 Enthaltungen) eine Pattsituation ergeben hatte. **Graziella Walker Salzmann** (CSP) bedauert, dass die Regierung eine Teilnahme am Lernfestival nicht fördern will. Staatsrat **Claude Roch** verweist auf die Teilnahme an diesem Festival im Jahre 2002. Die Erfahrungen waren ausgesprochen enttäuschend; das Interesse gering. 2008 soll das Schwergewicht auf das Lernfestival für Lehrlinge in Martinach gelegt werden. Der Rat lehnt das Postulat mit 74 zu 23 Stimmen (8 Enthaltungen) ab. **Marc Kalbermatter** (SP Oberwallis) will politische Bildung in der Grundausbildung der Lehrkräfte verankern. Das Postulat wird überwiesen.

Zukunft der Physiotherapie in Leukerbad

In einem Postulat befasst sich **Raymond Mottier** (freisinnig-liberal) mit der Zukunft der HES-SO Wallis für den Studiengang Physiotherapie in Leukerbad. **Staatsrat Claude Roch** räumt ein, dass es zurzeit einige Schwierigkeiten gibt, die auch in den häufigen Wechseln in der Schulleitung begründet sind. Hier soll nun eine Konsolidierung angestrebt werden.

Beiträge für Kindertagesstätten

In einer Motion befasst sich **Josianne Wyssen** (CVP Oberwallis) mit den Beiträgen für Investitionen in Kindertagesstätten. **Fortsetzung Seite 5**

Parlaments-Splitter

Und wieder zielt eine Art von Paradiesvogel-Blumen mit Bambusgestänge den Saal. Reichlich exotisch ist der Blumenschmuck im Totenmonat November, wo doch eher karger Blumenschmuck angebracht wäre. O tempora, o mores. O Zeiten, o Sitten, wie es bei Asterix und Obelix und auch sonst so schön heisst.

Selbst schlichter strukturierte Naturen, die für Stil und Etikette nicht eben empfänglich sind, wundern sich über die Bestuhlung auf der Zuschauertribüne des Walliser Grossen Rates. Oder besser: über deren lamentablen Zustand. Die Lederpolstersessel sind zerschissen und aufgefetzt. Man erhält den Eindruck, dass hier Fussballfans gehaust hätten. Doch nicht Vandalenakte sind es, die der Möblierung arg zusetzten, sondern der berühmte Zahn der Zeit – oder eben mangelhafter Unterhalt.

Das Wahlfieber sei abgeklungen, die Temperaturen sanken, stellte Grossratspräsident **Georges Mariétan** fest. Nun sei die Zeit für die Behandlung

von Sachfragen angebrochen. Vielleicht sollte man sich auch zum Anlass von Wahlen mit Sachproblemen beschäftigen. Denn von den Köpfen hat man bald einmal genug, selbst wenn sie neu sind. Dazu kommt: Die meisten Gewählten sehen in natura bedeutend weniger gut aus, als auf den Plakaten.

Der Rat begrüsst die beiden neu gewählten Ständeräte **Jean-René Fournier** und **René Imoberdorf** mit einem herzlichen Beifall. Beide befanden sich gestern im Saal und waren sichtlich guter Dinge. Worte des Trostes fand der Ratspräsident sodann für die Kameradinnen und Kameraden der Lüfte, die bei den Wahlen keinen Boden berührt hatten, also «geflogen» sind.

Der Gerlinde-Effekt spielte gestern auch im Walliser Grossen Rat eine Rolle. So soll die Zahl der Unterschriften für eine Kandidatur für den zweiten Durchgang für die Ständeratswahlen erhöht werden. Auch eine Prüfung eines Mindestergebnisses steht zur Debatte. Offenbar will man Scherz- und Spass-

und Fantasie-Kandidaturen künftig einen Riegel schieben. Dies wird mit dem Respekt vor den Institutionen begründet und mit den Kostenfolgen.

Immerhin: Im Oberwallis hat Gerlinde Bass mehr Stimmen erzielt, als der Vizepräsident der FDP Schweiz, **Léonard Bender**. Dies spricht allerdings nicht unbedingt gegen den freisinnigen Politiker, sondern wirft vielmehr ein grelles Schlaglicht auf die Wahrnehmung von Kandidatinnen und Kandidaten in der jeweils anderen Sprachregion.

Interessant wird nun sein, zu verfolgen, ob Ständerat und Staatsrat **Jean-René Fournier** sein Doppelmandat bis zum Ende der Legislaturperiode in knapp anderthalb Jahren halten kann. In verschiedenen Westschweizer Kantonen hatte es sich erwiesen, dass die Leitung eines kantonalen Schlüsseldepartementes und die gleichzeitige Bekleidung eines Ständeratsmandates ein Ding der Unmöglichkeit darstellt. Eine der beiden Aufgaben – oder gleich beide – müssen zwangsläufig darunter leiden. **lth**

Un coup de main aux PME...

ENTRÉE EN MATIÈRE ► Le Valais sur le point d'alléger la charge fiscale de ses petites et moyennes entreprises.

PASCAL GUEX

Le Valais va devenir le premier canton romand à pouvoir se permettre d'alléger la charge fiscale qui pèse sur ses petites et moyennes entreprises (PME)! Plus rien ne semble en effet devoir empêcher l'adoption par le Grand Conseil d'un projet de loi visant à «*l'amélioration des conditions fiscales applicables aux entreprises entrepreneuriales et aux investissements.*» A preuve l'entrée en matière d'hier qui a débouché sur un véritable plébiscite du Parlement en faveur de cette correction de l'imposition des PME.

17 millions en moins pour les collectivités publiques

116 députés sur 124 ont ainsi voté en faveur de ce train de mesures qui doit permettre d'atténuer les effets de la double imposition. Mais pas seulement. En cas d'acceptation, cette révision va également accorder des facilités en cas de restructurations ou de transmissions de firmes. Ce texte prévoit également des mesures en matière de lutte contre le travail au noir, grâce à l'introduction d'une perception à la source. Autant de mesures qui devraient faciliter la vie des 15 000 PME valaisannes et de leurs 100 000 collaborateurs, mais qui vont priver les collectivités publiques de quelques précieuses entrées fiscales. Le manque à gagner a ainsi été estimé à 8,7 millions de francs pour le canton et autant pour les communes.

Malgré ce manco, la plupart des groupes et la Commission des finances – elle à l'unanimité – ont apporté leur soutien à ce projet de lois. Pour le plus grand plaisir de Jacques-Roland Coudray, président de la commission Economie et énergie et du conseiller

d'Etat Jean-René Fournier. Tous deux ont souligné l'intérêt de cette révision pour l'économie valaisanne. Jacques-Roland Coudray a ainsi profité de ce débat d'entrée en matière pour rappeler qu'en acceptant cette loi le Parlement va supprimer nombre de tracasseries fiscales qui découragent les initiatives. «*La double imposition force certaines entreprises à emprunter et à s'endetter. L'argent dort!*» Un message reçu cinq sur cinq par le Parlement qui a donc choisi de soutenir

posé une telle révision au niveau fédéral. Le bouillant député du Haut a surtout contesté les «*cadeaux fiscaux*» accordés aux actionnaires. «*Ils sont privilégiés par rapport aux travailleurs qui, eux, continuent d'être taxés à 100%.*»

Et German Eyer d'appeler le Grand Conseil à refuser cette révision «*associative*». Immédiatement rejoint par son camarade Marc Kalbermatter qui, lui, a demandé le renvoi pur et simple de ce dossier à l'expéditeur,



«Presque toutes les dispositions sont justifiées, presque toutes les mesures sont acceptables»

ANNE-CHRISTINE BAGNOUD

DÉPUTÉE (GROUPE SOCIALISTE - ALLIANCE DE GAUCHE)

ce texte à une écrasante majorité. Même la gauche du Valais romand a accepté l'entrée en matière, sous certaines conditions. Anne-Christine Bagnoud a ainsi estimé que presque toutes les dispositions prévues sont justifiées, à l'exception de l'article 33 qui vise à défiscaliser l'argent gagné par la spéculation et non par le travail.

Opposition fratricide

En fait, la seule opposition est venue des rangs du Parti socialiste du Haut. German Eyer s'est ainsi étonné de voir notre canton reprendre à son compte des mesures qu'il avait combattues en 2004 lorsque le conseiller fédéral Hans-Rudolf Merz avait pro-

l'élu du SPO jugeant ce texte «*trop technique et compliqué*». Si bien que cette intervention non programmée a contraint le président du Grand Conseil Georges Mariétan à opposer la demande de refus de German Eyer à celle de renvoi de Mark Kalbermatter. Résultat de ce combat fratricide: 2 petites voix pour la proposition Eyer; 44 voix pour celle de Kalbermatter et... 73 abstentions.

Un petit tour de chauffe d'aucune utilité pour le jeune socialiste haut-valaisan puisque sa proposition n'a obtenu que 6 voix au vote final contre 116 voix en faveur de l'entrée en matière. Jacques-Roland Coudray avait donc raison: «*Le dogmatisme ne fait plus recette.*»

Des communales en octobre

ÉLECTIONS ► Pour permettre le vote par correspondance aux communales de 2008, le Grand Conseil doit modifier la loi sur les droits politiques.

VINCENT FRAGNIÈRE

Si le Grand Conseil modifie d'ici à fin 2007 la loi sur les droits politiques, les élections communales de 2008 auront lieu non plus le premier week-end de décembre, mais le deuxième d'octobre et pourront, pour la première fois, profiter du vote par correspondance.

Trois «écoles» s'affrontent

Evidemment, cet objectif n'a été remis en cause par aucun des groupes politiques hier au Parlement lors de l'entrée en matière liée à la modification de la loi. Par contre, le Grand Conseil veut profiter de ce débat pour revoir les conditions de candidature au Conseil des Etats (voir encadré), mais surtout pour débattre du mode de scrutin communal à travers l'affrontement de trois écoles.

Le gouvernement ainsi que la commission des institutions et de la famille proposent un système proportionnel obligatoire pour toutes les communes de plus de 1500 habitants. Les entités de plus petite taille pourront choisir leur système ou le changer si la majorité des citoyens le désire. «C'est une solution médiane entre ce que veulent les noirs et ce que proposent le PS et l'UDC», estime le conseiller d'Etat Jean-René Fournier.

UDC et PS pour plus de proportionnel

En effet, du côté du PDC du Haut-Valais, on aimerait que chaque commune, peu importe sa taille, puisse choisir son mode de scrutin, tandis que pour l'UDC et le PS, un système proportionnel le plus étendu possible «favorise la pluralité de la représentation poli-



En 2008, pour la première fois, les élections communales ne se feront pas qu'à l'isoloir. Le vote par correspondance sera possible. BITTEL/A

tique.» Pour le député Patrick Bigler, porte-parole de l'Alliance de Gauche, «une limite non pas à 1500, mais à 700 habitants pour imposer le système proportionnel paraît plus adapté et pourrait également encourager certaines fusions de petites communes en cas de manque de candidats.»

Chacune de ces formations politiques fera valoir son point de vue à travers des amendements contraires aux options du Conseil d'Etat et débattus demain.

EVITER LE SCÉNARIO «GERLINDE BASS»

Hier, plusieurs groupes parlementaires ont demandé à ce que les modifications de cette loi sur les droits politiques puissent également concerner l'élection au Conseil des Etats. Ils faisaient évidemment référence au deuxième tour évité de justesse entre René Imoberdorf et Gerlinde Bass. «Nous aurions été la risée de tout le pays, sans compter que cela aurait coûté un demi-million de francs aux citoyens», estime le jeune Philipp Schnyder. Il a donc été demandé à la commission des institutions et de la famille de faire des propositions pour éviter que ce scénario ne se produise tout en garantissant une procédure démocratique. Le radical Matthias Eggel a quant à lui proposé que «les candidats qui n'obtiennent pas 5% du total des voix au 1er tour ne puissent pas se représenter au deuxième tour». Reste à savoir si ce scénario permet de changer de candidats entre les deux tours comme c'est le cas aujourd'hui. vF

Le Valais n'en veut pas

Notre canton ne participera pas au Festival national de la formation en 2008! Par 74 voix contre, 23 pour et 8 abstentions, le Parlement a en effet classé sans suite un postulat de la députée Graziella Walker Salzman (chrétienne-sociale du Haut) demandant que le Valais s'investisse et investisse dans la 5^e édition de cette animation lancée en 1996. *«Ce rendez-vous est une campagne de politique de la formation qui a déjà été organisée à quatre reprises dans notre pays, en 1996, 1999, 2002 et 2005. Lors de cette dernière édition, 50 000 curieux d'esprit avaient visité près de 1500 manifestations dans toute la Suisse»*, a plaidé l'intervenante. En vain!

A l'exclusion de ses amis jaunes du Haut, une écrasante majorité du Parlement a en effet suivi le préavis largement défavorable formulé par le gouvernement. Le conseiller d'Etat Claude Roch a rappelé hier que notre canton avait fait l'effort de participer aux dernières éditions pour des retombées largement insuffisantes. *«Même les responsables chargés d'animer la plate-forme valaisanne avaient été déçus du peu d'engouement généré par ce rendez-vous. C'est pourquoi nous n'avons pas l'intention de nous engager dans ce genre d'organisation et préférons mettre en avant des activités plus cohérentes et efficaces.»* Le gouvernement a ainsi décidé de privilégier d'autres pistes pour doper l'envie de formation des jeunes Valaisans. En 2008, l'accent sera ainsi par exemple mis sur «Your challenge», le premier salon des métiers mis sur pied en Valais qui tiendra l'affiche du 26 février au 2 mars prochains du côté du Centre d'exposition de Martigny (CERM) et non pas sur ce Festival de la formation jugé pas assez mobilisateur. Ce que regrette amèrement Graziella Walker Salzman. *«C'est lamentable de faire l'impasse sur une telle manifestation qui est tout de même présente dans 15 cantons alémaniques. Et c'est décevant de voir le gouvernement mettre ainsi les pieds au mur...»* PG

En vous référant à Harmos, vous affirmez que l'horaire continu est privilégié en primaire alors que seul Anniviers l'a instauré. Allez-vous devoir imposer cette formule contre la volonté des communes?»



LA QUESTION VACHE À...



CLAUDE ROCH

Conseiller d'Etat radical

«En juin 2007, suite aux demandes de Nendaz, mais aussi de plusieurs communes haut-valaisannes, le Département de l'éducation a édicté une directive à l'attention des communes concernant l'horaire continu, mais aussi la mise en place d'une structure d'accueil des écoliers. En aucun cas, nous voulons qu'ils se retrouvent dans la rue dès 15 heures. Cette offre restera facultative, mais elle doit être mise en place s'il y a une demande.

Je rappelle qu'en Anniviers, à l'époque, le projet politique a passé la rampe pour quelques voix et aujourd'hui, plus personne ne veut revenir en arrière. Je suis persuadé que de plus en plus de parents se retrouvent démunis face aux travaux scolaires de leurs enfants. Pour ceux-là, une offre appropriée de prise en charge en dehors du temps d'enseignement les soulagerait et leur permettrait de se concentrer sur l'aspect éducatif. Quant à savoir qui se chargerait de cette prise en charge, plusieurs options sont possibles au niveau des communes. La surveillance du repas de midi pourrait être faite par des parents. Après l'école, la prise en charge peut aller de l'étude surveillée à l'encadrement scolaire qui, lui, nécessiterait des décharges de la part du département.» VF



Concernant les investissements, Jean-René Fournier a demandé aux députés haut-valaisans de mettre autant d'ardeur à empêcher certaines communes de faire recours contre les travaux de l'A9 dans le Haut-Valais qu'à critiquer un budget d'investissement pas complètement employé. MAMIN

Le diable est dans les détails...

FINANCES ► Lors de l'entrée en matière, tous les groupes politiques ont parlé en bien du budget 2008. Mais ils ont presque tous aussi soutenu la Cofi dans sa volonté de réduire les dépenses de 8,4 millions sur un total de 2,3 milliards.

VINCENT FRAGNIÈRE

Un budget 2008 de 2,5 milliards dans les chiffres noirs, des investissements nets pour 196 millions couverts par la marge d'autofinancement, un double frein aux dépenses et à l'endettement respecté. Et tout cela malgré une nouvelle péréquation financière défavorable au Valais pour 35 millions de francs en comparaison à 2007...

Débat politique pour 0,38% du budget

Les qualificatifs politiques des groupes parlementaires ne pouvaient qu'osciller entre «globalement satisfaisant» et «excellent», hier au Parlement lors de l'entrée en matière sur le budget 2008. Le débat politique s'est donc porté sur des détails, «ceux qu'il ne faut surtout pas négliger en période de vaches grasses» selon le d.c. Jacques Melly et qui concernent 0,38% du budget ou les 8,4 millions d'économie exigés par la commission des finances (Cofi) et refusés – pour l'instant – par le gouvernement (voir «Le Nouvelliste» de mardi). «Je trouverai inquiétant que le Conseil d'Etat n'ait pas la volonté d'économiser encore 0,38% du budget», s'est exclamé le radical Philippe de Preux, président de la Cofi soutenu dans ses propositions de restriction par une majorité du Parlement (voir encadré).

Fournier s'appuie sur les comptes

Le principal reproche de la Cofi, repris par plusieurs chefs de groupe, concerne une progression des dépenses plus élevée que celle des recettes, un principe contraire au décret sur les mesures structurelles de 2005 et à la base des demandes de réduction

budgétaire. L'argentier Jean-René Fournier a répondu par l'analyse des comptes entre 1996 et 2006. «Que ce soit sur une période de cinq ou dix ans, les chiffres sont têtus. Ils démontrent une augmentation des dépenses inférieure à celle des recettes en se basant uniquement sur les faits, c'est-à-dire les comptes et non pas les budgets.»

Cofi soutenue par tous sauf la gauche

Reste ces 8,4 millions d'économies demandés par la Cofi: 1,3 million



«Si le Conseil d'Etat n'a pas la volonté d'économiser encore 0,38% du budget, ça devient inquiétant...»

PHILIPPE DE PREUX

PRÉSIDENT DE LA COMMISSION DES FINANCES

concernent les 29 nouveaux postes à créer, 5 millions les biens et services et 2,1 millions le domaine de la santé. «Il n'y a pas de blocage du personnel», constate le noir Beat Abgottspon. «Certainement que la marge de sécurité prise par le gouvernement pour les biens et services est trop grande», poursuit le d.c. Jacques Melly, tandis que Philippe de Preux estime que «l'Etat peut trouver une solution pour 10 postes sur 7500 fonctionnaires, a économisé, en 2006, 12,5 millions par rapport au budget sur les biens et services et doit, grâce au traitement de cas lourds rendu possible par le RSV, pouvoir diminuer les hospitalisations hors canton et donc la subvention étati-

que.» Dans sa réponse, Jean-René Fournier se concentrera surtout sur le personnel et les biens et services. «Pour passer d'une demande des services de 120 nouveaux postes à une décision du gouvernement de 29 postes, il en a déjà fallu de l'analyse ou des efforts de synergie sachant que la majorité de ces postes sont liés à la nouvelle RPT, à des décisions du Grand Conseil ou à d'autres bases légales. Et puis je rappelle que, concernant le coût de l'administration cantonale par habitant, nous sommes le deuxième meilleur canton de Suisse.»

Constantin critique, Fournier pique...

Mais la grand argentier a promis, malgré un premier refus du Conseil d'Etat, de laisser la porte ouverte à la négociation avec la Cofi avant la session de décembre, répondant aux critiques du chef de groupe radical René Constantin quant au contenu «maladroit et inconvenant» de la prise de position du gouvernement. «Mais sachez que nous mettrons autant d'ardeur à défendre les nouveaux postes de travail liés à la RPT du département de Claude Roch que vous à soutenir la Cofi de Philippe de Preux.» Le conseiller d'Etat radical n'a pu cacher son sourire...

CE QUE DÉFENDRONT LES PARTIS

► Le groupe radical libéral, le PDC du Haut-Valais (noirs), les chrétiens sociaux (jaunes) et l'UDC ont déjà déclaré qu'ils soutiendraient, lors de la lecture de détail du budget 2008 en décembre, les 8,4 millions de coupe budgétaire proposés par la Cofi. Si les PDC du Centre et du Bas attendent la prochaine session pour prendre position, les socialistes haut ou bas-valaisans s'opposeront eux aux demandes de la Cofi.

► Le PS, les noirs et les jaunes demanderont en décembre des moyens supplémentaires – 2 millions – pour l'entretien des forêts dans le cadre de leur rôle protecteur.

► Les socialistes haut-valaisans proposeront une augmentation de 2% du salaire des enseignants. «Depuis 1988, ils n'ont plus jamais bénéficié d'augmentation de salaires, ni du renchérissement dès le milieu des années 90. On leur a toujours promis une amélioration lorsque les finances de l'Etat se porteraient mieux. C'est le moment», a argumenté German Eyer.

► L'Alliance de gauche proposera un million supplémentaire pour le financement des institutions pour handicapés et de l'enseignement spécialisé.

► Enfin, la Cofi exige du Conseil d'Etat un rapport fiscal annexé aux comptes 2007 pour que le Grand Conseil puisse se déterminer sur une baisse ou non des impôts. VF

Plusieurs députés ont demandé où la nouvelle répartition des tâches entre Confédération et cantons avait permis de rationaliser des postes de travail. Or, l'entretien du réseau autoroutier est devenu une tâche fédérale sans diminution de postes pour le Valais. N'est-ce pas surprenant?



LA QUESTION VACHE A...



JEAN-JACQUES REY-BELLET

Conseiller d'Etat d.c.

«Effectivement, l'entretien des autoroutes déjà existantes est devenu, dans le cadre de la nouvelle répartition des tâches (RPT) une tâche à 100% à la charge de la Confédération et non à 92% comme c'était le cas pour le Valais. Deux options étaient possibles: licencier notre personnel et laisser la Confédération le gérer ou, comme le voulait Berne, négocier un contrat de prestations pour l'entretien de l'A9 tout en conservant le personnel.

Comme une entreprise de nettoyage. Nous avons opté pour cette deuxième solution, comme les autres cantons d'ailleurs. Actuellement en phase finale de négociation, ce contrat qui couvre l'ensemble des frais d'entretien et non pas uniquement les salaires devrait rapporter à l'Etat environ 10 millions de francs par année. Ce sera à mes services de ne pas dépasser ce budget dans le cadre de cet entretien ou peut-être même de faire du bénéfice. Par contre, pour ce qui est de l'achèvement de l'A9 dans le Haut-Valais, elle se fera selon l'ancien système de financement et non pas à travers celui de la RPT.» VF

Budget 2008: Licht und Schatten

Der Walliser Grosse Rat tritt mit viel Lob und eher verhaltener Kritik auf den Voranschlag zum Budget 2008 ein

Aus dem Walliser Grossen Rat

S i t t e n. – Im Walliser Grossen Rat blieb gestern Eintreten auf das Budget 2008 unbestritten. Die Detailberatung in den einzelnen Departementen erfolgt im Dezember. Dann werden auch die Entscheidungen in der Personalpolitik und für die von der Finanzkommission beantragten Kürzungen in der Höhe von 8,7 Mio. Franken fallen.

Der Kostenvoranschlag zur Staatsrechnung 2008 wird zwar generell mit guten Noten bedacht. Doch erwächst der Regierungspolitik beim stark gestiegenen Sachaufwand und in der Personalpolitik im Parlament verbreitete Kritik. Gleichwohl sprechen sich alle Fraktionen für Eintreten aus.

Personalpolitik und Budgetkürzungen

Der Personalpolitik des Kantons erwächst im Rat auf breiter Front Kritik, wie sie in einem Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) geäußert worden ist. Die Schaffung von rund 30 neuen Stellen im Jahr 2008 wird abgelehnt. Gefordert wird die Umsetzung der strukturellen Reformen und die Überprüfung der staatlichen Aufgaben. **Staatsrat Jean-René Fournier** bekräftigt den Willen der Regierung zu einer zurückhaltenden Personalpolitik. Die Verwaltung hat ursprünglich 120 zusätzliche Stellen verlangt; davon sind knapp 30 geblieben. Das Wallis verfügt über die billigste Verwaltung in der Westschweiz und befindet sich in der Schweiz auf dem sechsten Rang. Die Regierung schafft also nicht einfach wahllos neue Stellen. Die Kürzungsanträge der Finanzkommission im Voranschlag zur Staatsrechnung 2008 in den Bereichen Personalaufwand, Sachaufwand und Beiträge werden im Ratsplenum ebenso breit unterstützt. Sie liegen über der Teuerungsentwicklung. Die Personalfragen und die Kürzungsanträge werden in der Diskussion in den jeweiligen Departementen in der Dezember-Session behandelt. Der entsprechende Bericht wird mit 115 Stimmen (1 Enthaltung) angenommen.



Die CVPO und die CSPO verlangen zwei Millionen an zusätzlichen Mitteln für die Schutzwälder und Schutzbauten. Die SPO verlangt eine Lohnerhöhung für das Lehrpersonal.

Foto wb

Gute Noten bei verhaltener Kritik

Jacques Melly (CVP Mittelwallis) bezeichnet das Budget als «insgesamt befriedigend». Doch erfährt die Begeisterung auch Dämpfer: Die Ausgaben sind stärker gewachsen als die Einnahmen; sie liegen über den finanzpolitischen Vorgaben. Das ist eine ungute Entwicklung. Die Personalausgaben des Kantons steigen im Rhythmus des Personalbestandes. **Nicolas Voide** (CVP Unterwallis) hält fest, dass der Kanton Wallis an den Härtefonds des Neuen Finanzausgleichs als Nettozahler 4,8 Mio. Franken beitragen muss, statt Dutzende von Millionen daraus zu erhalten, wie man das eigentlich erwartet hatte. Das Budget 2008 bezeichnet der Fraktionschef der CVP Unterwallis als «ausgezeichnet». **René Constantin** (freisinnig-liberal) bewertet den Kostenvoranschlag als befriedigend. Die Kritik der Regierung an den Vorschlägen der Finanzkommission bezeichnet er als deplatziert. Die Regierung will vernünftige Kürzungsvorschläge

von 8,7 Mio. Franken, die unter 0,5 Prozent der Gesamtausgaben liegen, nicht akzeptieren. **Edmond Perruchoud** (SVP) stellt eine grosse Ähnlichkeit in den Budgets der letzten Jahre fest. Er vermisst das antizyklische Verhalten. Die SVP stimmt den Forderungen der Finanzkommission bedingungslos zu. Das sind Minimalforderungen, die zu erfüllen sind.

Mehr Lohn für die Lehrerschaft gefordert

German Eyer (SP Oberwallis) bezeichnet die Budgetzahlen als gut. Kürzungen, wie sie die Finanzkommission vorschlägt, sind nicht am Platze. Die SPO will sich für eine spürbare Lohnerhöhung für das Walliser Lehrpersonal von zwei Prozent einsetzen. Diese Forderung ist massvoll. Das Lehrpersonal hat in den letzten Jahren nicht einmal den Teuerungsausgleich erhalten. Hier besteht eindeutig ein Nachholbedarf. **Gérald Varone** (SP Unterwallis) verweist auf die Ungewissheiten im Neuen Finanzausgleich. Gleichzeitig wachsen die Bedürfnisse in verschiedenen Bereichen. Es be-

steht die Gefahr, dass Aufgaben vom Bund auf die Kantone verlagert werden. Die SP kündigt Forderungen für zusätzliche Finanzmittel im Bereich des Sozialwesens und der Bildung, aber auch bei den Schutzwäldern an.

Nur auf den ersten Blick erfreulich

Beat Abgottsporn (CVP Oberwallis) bezeichnet das Netto-Investitionsvolumen im Voranschlag 2008 als sehr hoch; der Staat kann sich trotzdem leicht entschulden. Es ist jedoch einfach, die Ausgaben- und Schuldenbremse in Zeiten der Hochkonjunktur einzuhalten. Die Wirtschaft läuft auf Hochtouren, die Steuereinnahmen fließen darum reichlich. Aber die Zeiten werden ändern. Jetzt müsste der administrative Apparat verkleinert werden. Doch die strukturellen Reformen liegen auf der langen Bank, der Personalstopp ist nicht realisiert, die Ausgaben wachsen rascher als die Einnahmen. Die CVPO unterstützt vor diesem Hintergrund die Kürzungsanträge der Finanzkommission. Die CVPO fordert, dass die Beiträ-

ge an den Unterhalt und die Pflege der Schutzwälder um zwei Mio. Franken aufgestockt werden, damit die Bundesbeiträge vollumfänglich abgeholt werden können.

Am gleichen Strick wie die Regierung ziehen

Thomas Brunner (CSP Oberwallis) tituliert das Budget als «gut». Die Aufwendungen sind jedoch stärker gestiegen, als die Erträge. Die Forderungen der Finanzkommission sind zu befolgen. Der Kanton Wallis gehört zu den Verlierern im Neuen Finanzausgleich. Die CSP Oberwallis fordert, dass die In-

vestitionen voll ausgeschöpft werden, dies gerade im Blick auf die unhaltbare Verkehrslage im Oberwallis. Die CSPO will wissen, wie es um die Reformen in der Steuerverwaltung bestellt ist. Werden Massnahmen zur Eindämmung der Einwaldung und der Verbuschung getroffen? Die CSP unterstützt die Forderung nach Erhöhung der Wasserzinsen und eine Überprüfung der Kraftwerksbesteuerung. Die CSP ist bereit, mit der Regierung am gleichen Strick zu ziehen. Der Präsident der Finanzkommission, **Philippe de Preux**, untermauert noch einmal die Kürzungsanträge seiner Kommission.

Regierung will konstruktiven Dialog

Staatsrat Jean-René Fournier, Chef des kantonalen Finanzdepartements, stellt das Budget in den Zusammenhang mit den Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Neuen Finanzausgleich. Die Realisierung des Budgets 2008 stellte daher eine weit schwierigere Aufgabe dar, als in früheren Jahren. Die Steuerbelastung ist nicht angestiegen. Immerhin erhält der Entwurf mehrheitlich gute Bewertungen. Die Zahlen sind hartnäckig: In den letzten zehn Jahren nahmen die Einnahmen stärker zu als die Ausgaben. Das sind die Fakten. In den letzten fünf Jahren wuchsen die Einnahmen um 4,3 Prozent, die Ausgaben aber nur um 3,5 Prozent. Dies in der Realität, die einzig von den Rechnungen wiedergegeben wird. Die Strukturänderungen der Verwaltung vor dem Hintergrund der Grundsätze der neuen Verwaltungsführung sind weitgehend umgesetzt. Ein Mentalitätswandel in der Verwaltung ist unverkennbar. Die Regierung ist bereit, sowohl zum Personalwesen wie auch zu den Kürzungen in einen konstruktiven Dialog zu treten; der Entscheid liegt jedoch beim Parlament. **Ith**

Verschiedene Geschäfte

Zwei Postulate vom Plenum abgelehnt

Ein Postulat von **Susanne Hugo-Lötscher** (JUSO) im Zusammenhang mit der Erfassung der Lohn- und Chancengleichheit der Frauen in der Verwaltung wird vom Staatsrat abgelehnt. Die Postulantin führt aus, dass die Regierung in ihrer ablehnenden Antwort die Dinge durcheinander bringt. Sie verlangt die Abstimmung. **Staatsrat Jean-René Fournier** verweist auf die praktische Anwendung dieser Prinzipien. Das Postulat wird auch vom Parlament mit 70 gegen 17 Stimmen (5 Enthaltungen) abgelehnt. **Graziella Walker Salzmann** (CSPO) hatte in einem Postulat mehr Transparenz beim Personalaufwand auf der einen und bei Experten- und Beratungsdiensten von Dritten auf der anderen Seite verlangt. Das wurde abgelehnt. Die Abgeordnete präzisiert, dass dies auch ein Anliegen ist, das auf Bundesebene formuliert worden ist. Sie versteht die ablehnende Haltung der Regierung nicht. Das Parlament lehnt das Postulat ebenfalls ab und zwar mit 66 gegen 33 Stimmen (6 Enthaltungen).

fraktionsüberschreitenden Urheberrecht eingereicht worden war, wird von der Regierung angenommen. Es geht darum, das Überleben dieser Fischart durch die Aufwertung und Wiederherstellung ihrer Biotop zu sichern.

Luftseilbahn Riddes-Isérables

Die Luftseilbahn Riddes-Isérables soll erneuert werden. Die Aufwendungen belaufen sich auf 8,1 Mio. Franken. Der Bund trägt 69 Prozent der Kosten; dem Kanton verbleiben Kosten von 2,54 Mio. Franken. Das Vorhaben erfährt breite Unterstützung im Rat. Man will den von der Luftseilbahn bedienten Dörfern und der Region ein positives Zeichen geben. Das Vorhaben bleibt unbestritten und wird ohne Gegenstimmen bei einer Enthaltung verabschiedet.

Die höheren NEAT-Fahrpreise

Staatsrat Jean-Jacques Rey-Bellet befasst sich mit den höheren NEAT-Fahrpreisen durch den Lötschberg-Basistunnel. Der Preis wird künftig gleich hoch sein, ob man durch den Scheitel- oder durch den Basistunnel fährt. Dies erklärte der Departementvorsteher auf eine Interpellation von **Philipp Schnyder** (CSP Oberwallis). **Ith**

Parlaments-Splitter

wallis sind auf ihrer Rückseite mit dem Porträt von Nationalratskandidatin **Jacqueline Bovier Widmer** verziert. Sie sollte ihre Leute jetzt aussenden, um diese Plakate zu entfernen.

Dies aus drei Gründen: Einmal ist ihr frisch-fröhliches Grinsen nun, da die Wahlen vorbei sind, schwer erträglich – gerade auf nüchternen Magen und zu früher Stunde. Dann tritt ihre Partei ja bekanntlich für Recht und Ordnung und Sauberkeit ein. Diese schönen Tugenden beginnen bei einem selbst, auch wenn sie natürlich viel einfacher bei anderen einzufordern sind. Schliesslich ist diese Art der Plakatierung nicht gestattet. Ein Verein, der so was machen täte, würde gebüsst. Alors – au travail, Madame!

Staatsrat Jean-René Fournier besitzt ohne Zweifel die Gabe, die politische Diskussion zu dominieren. So hat er gestern die Oberwalliser Abgeordneten aufgefordert, beim Bau der Autobahn im Oberwallis ebenso viel Hartnäckigkeit wie gegenüber der Regierung bei den Gemeinden und Städten an den Tag zu legen, die gegen Projekte im Zusammenhang mit der Verbesserung der Verkehrssituation im Oberwallis einzusprechen.

Zusätzliche Mittel für die Pflege und den Unterhalt der Schutzwälder ist ein breit abgestütztes Anliegen. Neben den «Schwarzen» und den «Gelben» haben sich gestern auch die Unterwalliser «Roten» für die Aufstockung dieser Gel-

der ausgesprochen. Es geht um einen Betrag von zwei Mio. Franken. Diese Budgeterhöhung würde es gestatten, die verfügbaren Bundesmittel voll in Anspruch zu nehmen. Der Grosse Rat entscheidet auch in diesem konkreten Punkt im Dezember.

Ein Postulat zur Rettung der Flussäsche ist von der Regierung angenommen worden. Durch Erhaltung und Wiederherstellung der Biotop dieses Edelfisches, der vom Aussterben bedroht ist, soll dies erreicht werden. Das ist löblich. Aber vielleicht müsste man in der Walliser Fischerei auch einmal über die extrem hohen Fangzahlen nachdenken, die immer noch erlaubt sind. Was helfen Biotop, wenn die Bäche und Flüsse mit Wurm und Made, mit Löffel und Streamern leergefischt werden? **Ith**

Setzt sich die Regierung durch oder die Finanzkommission? Obwohl es sich gemessen am Gesamtumfang des Budgets nur um die Kleinigkeit von 8,7 Mio. Franken handelt, also um Beträge unterhalb der Schwelle von 0,35 Prozent, entspann sich darob im Parlament eine rege Diskussion. Doch die budgetwirksamen Entscheidungen fallen erst in der Dezember-Session, wenn die Detailberatung zum Budget anberaumt ist.

Wenn die Zahl der Ersatzleute ein Gradmesser für die Bedeutung einer Debatte ist, dann müssen Budgetberatungen nicht gerade hoch im Kurs stehen. Fast die Hälfte der Abgeordneten stammte gestern nämlich von der parlamentarischen Ersatzbank.

Nicht wenige Strassensignalisationstafeln im Ober-

La vie recommence à 65 ans!

FEU VERT ► Le Parlement a dit oui au renouvellement du téléphérique Riddes-Isérables. Construite en 1942, cette installation va s'offrir une seconde jeunesse pour 8 millions de francs!

PASCAL GUEX

Trait d'union mythique, le téléphérique Riddes-Isérables va s'offrir une deuxième jeunesse, 65 ans après avoir vu le jour! Le Grand Conseil valaisan a en effet voté hier un crédit d'engagement de 2,5 millions de francs qui représente 31% du coût total de ce profond lifting. Le solde – soit 5,65 millions de francs – étant pris en charge par la Confédération.

Le vote du Parlement apparaît sans équivoque. 107 députés sur 108 votants ont en effet accepté l'idée de ce crédit. Une quasi-unanimité qui n'a pas pourtant empêché certains parlementaires d'émettre quelques doutes sur ce projet.

Et curieusement, ces réserves sont venues des rangs du groupe démocrate-chrétien du Centre. Pascal Rey a ainsi mis en exergue la baisse inquiétante de fréquentation de cette installation. «*Ces dix dernières années, ce téléphérique a transporté 17% de passagers en moins. La baisse a été plus spectaculaire encore pour le transport des marchandises avec une chute de plus de 50%.*» Et le député du PDC du Centre d'avouer que son groupe n'avait décidé d'accorder son soutien «*que sur le fil*».

Des réserves balayées par Jean-Jacques Rey-Bellet. S'il a convenu que le canton était obligé d'injecter tous les ans 550 000 francs pour permettre à cette compagnie de survivre, il s'est aussitôt empressé de révéler que la ficelle chère aux Bedjuis présentait un taux de couverture pas si mauvais que cela (40%). «*Nous connaissons d'autres transports publics où le prix du billet couvre à peine 25% des coûts réels du transport!*»

Pour le conseiller d'Etat agaunois, ce téléphérique – dont la concession sera échue en 2011 dans sa forme originelle – présente suffisamment d'autres atouts pour reléguer au second plan ces éléments de rentabilité. «*Ce mode d'installation est extrêmement bon marché. Songez qu'en 65 ans, l'entretien de ces infrastructures n'a nécessité qu'un million d'investissement.*» Et puis remplacer ce téléphérique par une route nécessite-



107 députés sur 108 votants ont en effet accepté l'idée de ce crédit de rénovation du téléphérique Riddes-Isérables. MAMIN



«Le PDC du centre a accepté de soutenir ce projet, mais sur le fil...»

PASCAL REY

DÉPUTÉ

(PARTI DÉMOCRATE-CHRÉTIEN DU CENTRE)

rait de toute manière un effort bien plus important de la part de l'Etat.

Tous les autres groupes ont d'ailleurs dit partager le point de vue de M. Rey-Bellet. Bernard Bittel (jaune du Haut) a ainsi apporté un soutien sans réserve «*avec l'espoir de voir la fréquentation remonter rapidement la pente*». Willy Giroud (radical) a souligné «*le rôle social et économique incontournable*» joué par cette ficelle écologique qui transporte régulièrement personnes âgées et écoliers vers la plaine. Claude-Alain Richard (PS) a lui parlé «*d'installation vitale*» re-

joint sur ce plan par Laurent Léger (PDC du Bas) qui a rappelé toute l'importance pour les gens d'Isérables de pouvoir disposer d'une liaison rapide et sûre. «*Ce nouveau téléphérique permettra aussi de lutter contre la désertification de toute une région.*»

Pour 8,19 millions de francs. Le téléphérique Riddes-Isérables va ainsi pouvoir rapidement s'offrir un nouveau départ. Grâce à de nouveaux pylônes, des cabines flambant neuves et des composantes mécaniques, électroniques, électriques et structurelles entièrement revues.

Impertinent!

«*C'est à se demander à quoi sert le Parlement!*» Le député Pascal Rey (PDC du Centre) n'a pas vraiment apprécié de découvrir dans le Bulletin officiel de la semaine dernière l'avis d'adjudication pour la fourniture du...futur téléphérique d'Isérables. Une petite semaine avant que le Grand Conseil ne donne son feu vert au projet! Appelé à répondre à «*l'impertinent*», Jean-Jacques Rey-Bellet se défend d'avoir voulu placer les députés devant le fait accompli. S'il a fait accélérer le mouvement, c'est uniquement pour pouvoir fournir aux parlementaires des chiffres précis. «*Il était aussi important de mettre rapidement en soumission la partie électrique de l'installation.*» Celle qui détermine le solde des investissements. «*Cette adjudication était de toute façon soumise à la réserve expresse de la décision du Parlement.*» PG



Faut-il oui ou non réglementer le début et la fin du canonnage des pistes? Malgré l'ouverture d'un débat, le Grand Conseil n'as pas réussi à régler la question hier... MAMIN

Après le loup, les canons à neige

INTERPELLATION ► Le Parlement n'avait plus vécu cela depuis l'affaire du loup. Une interpellation urgente liée au canonnage des pistes a débouché sur la demande d'ouverture d'un débat parlementaire finalement avorté.

VINCENT FRAGNIÈRE

Les sociétés de remontées mécaniques ont-elles le droit de canonner avant le début novembre? Cette question, après avoir subi un traitement médiatique important la semaine dernière, a resurgi hier dans les travées du Grand Conseil sous la forme d'une interpellation urgente de la socialiste Virginie Crettenand, la seule de la session de novembre. «La fiche D.1/10 qui gère cette problématique dit très clairement au point 3b que l'autorisation de ces installations d'enneigement technique va du début novembre à fin mars sauf autorisation exceptionnelle. Or, les médias nous l'ont appris, plusieurs sociétés de remontées mécaniques ont canonné avant le 1er novembre. Quel est donc l'aspect contraignant de cette fiche D.1/10 et quelles sont les sanctions possibles?», s'est demandé Virginie Crettenand.

A la CCC d'agir

Dans sa réponse, le conseiller d'Etat Jean-Michel Cina a simplement rejeté la patate chaude dans le camp de la Commission cantonale des constructions, responsable justement de la police des constructions. «Ces critères de délai font partie de la fiche D.1/10, mais surtout de l'autorisation de construire délivrée par les services concernés. S'ils ne devaient pas être respectés, ce serait donc à la CCC d'intervenir.» Mais le Parlement ne s'est pas contenté des précisions

du chef de l'Economie. Le député d.c. haut-valaisan Jakob Walter a demandé «pour éviter de retrouver la même problématique dans un an», l'ouverture d'un débat sur le sujet, une procédure plus jamais utilisée par le Grand Conseil depuis le fameuse problématique



«Le maintien de dates fixes pour pouvoir ou non utiliser les canons à neige est essentiel»

VIRGINIE CRETTEHAND

DÉPUTÉE SOCIALISTE

autour de la légalité du tir du loup du Chablais.

Seul Gabriel Luisier

Grâce aux jaunes, aux noirs, mais aussi aux socialistes, le Grand Conseil a finalement permis ce débat par 62 oui, contre 50 non et 2 absentions. Parmi les élus qui n'en voulaient pas figurent tous les députés d.c. du Valais romand, sauf un... Gabriel Luisier qui sera finalement le seul à s'exprimer sur le sujet mis à part Virginie Crettenand, à l'origine de l'interpellation.

L'unique argumentaire du député bagnard défend la disparition pure et simple, au niveau du

contenu de la fiche D.1/10, de toute notion de calendrier quant à l'utilisation des canons à neige, reprenant par là l'argumentation des responsables de remontées mécaniques. «C'est ni une loi ni une fiche, mais bien la nature et ses températures qui doivent permettre ou non

l'utilisation d'un canon à neige.» Mais Gabriel Luisier n'a pas exigé de vote formel sur le sujet et aucun autre député n'a demandé la parole. Le débat a donc tourné court se clôturant avec une dernière affirmation de Virginie Crettenand. «Si je ne suis pas vraiment satisfaite avec la réponse du conseiller d'Etat, je réaffirme une nouvelle fois que maintenir un cadre temporel pour l'exploitation de ces canons me paraît un garde-fou obligatoire...» Il est 12 h 15. Le débat demandé n'a finalement pas eu lieu, faute de débatteurs alors que les enjeux liés au tir du loup avaient envahi les travées du Parlement pendant plus de quarante-cinq minutes...

GABRIEL LUISIER HORS SUJET...

Mardi matin, au début de la session, le député d.c. de Bagnes Gabriel Luisier s'est vu refuser, par le bureau du Grand Conseil, son interpellation urgente concernant la fameuse fiche D.1/3 liée à l'aménagement du territoire. Mais le député a tout de même réussi à s'exprimer sur le sujet et à fâcher une partie des parlementaires par ses méthodes. En effet, pour pouvoir donner son avis conformément au règlement du Grand Conseil, Gabriel Luisier a affirmé dans un premier temps s'opposer au postulat du radical Christophe Claivaz concernant justement cette fameuse fiche D.1/3 et qui remettait en cause sa légalité. Mais, après avoir pu attaquer le conseiller d'Etat Jean-Michel Cina quant à l'application de cette fiche, mais aussi au sujet du moratoire, Gabriel Luisier a terminé son discours en affirmant ne plus s'opposer à un postulat «qui arrive de toute façon trop tard».

Dans la salle du Grand Conseil, l'éclat de rire s'est vite transformé en énervement. Le chef du groupe radical René Constantin s'est approché du président Georges Mariétan pour lui reprocher de ne pas avoir fait son travail en laissant parler Gabriel Luisier. La socialiste Virginie Crettenand l'a relevé en plénum et la démarche a été critiquée jusque dans les rangs du PDC. VF

L'inutile bijou de Gerlinde Bass

PASCAL GUEX

Les électeurs valaisans n'auront pas besoin de retourner aux urnes pour désigner leurs représentants aux Chambres fédérales! Le Grand Conseil a en effet rejeté hier – très largement – deux recours déposés l'un par Gerlinde Bass contre l'élection au Conseil des Etats et l'autre par les «Freie Wähler» ainsi que par l'UDC de Susten-Leuk-Leukergund «contre la régularité des élections au Conseil national et au Conseil des Etats du 21 octobre 2007».

Un troc de trop! 112 députés (sur 117 votants) ont donc décidé de classer sans suite le recours déposé par Gerlinde Bass. Ils ont ainsi choisi de suivre l'avis émis par le bureau, le Grand Conseil faisant office d'autorité de recours pour ce type d'élections. Le président du Législatif cantonal Georges Mariétan et le chef du service parlementaire Claude Bumann avaient en effet recommandé qu'aucune suite ne soit donnée à ce recours. La raison? La candidate au Conseil des Etats – qui rêvait d'affronter René Imoberdorf au second tour malgré la claqué monumen-



tale reçue au premier tour – n'a pas rempli toutes les conditions nécessaires à la validation de son recours. Mme Bass a en effet voulu déposer un bijou en lieu et place des 500 francs exigés par la loi. Pour les instances du Grand Conseil, la Chancellerie d'Etat a donc «refusé à juste titre d'accepter un bijou en lieu et place du montant en espèces». La loi précisant bien que «les dettes d'argent doivent être réglées avec les moyens de paiement légaux de l'unité monétaire due».

Deux jours de trop. C'est également une erreur de procédure qui a causé le rejet du recours déposé par les «Freie Wähler» et l'UDC de Susten-Leuk-Leukergund. Dans le cas présent, les résultats ont été publiés dans le «Bulletin officiel» du 26 octobre. Par conséquent, le délai de recours a expiré le 29 octobre. Or les recourants ne se sont acquittés du montant dû de 500 francs que le 31 octobre 2007, «à savoir au deuxième jour suivant l'expiration du délai de recours, donc en retard».

A l'heure du vote, cette position a été soutenue par la grande majorité du Parlement (97 oui, 5 non et 13 abstentions).

Mea culpa...

«C'est une erreur d'impression, pas d'imprimerie. Qui a échappé à nos services et croyez bien que nous le regrettons.» Vingt jours après les élections fédérales, Jean-René Fournier a fait son mea culpa dans «l'affaire» des bulletins sans entête riches de huit lignes alors que les électeurs valaisans ne pouvaient élire que sept conseillers nationaux. Le chef du Département des institutions a rappelé que cette erreur n'était de toute façon pas de nature à invalider les listes en question, avant d'évoquer le problème des affiches sauvages. «Nous avons communiqué aux partis ce qui était permis, avant de rappeler à l'ordre ceux qui ne respectaient pas les règles.» Aujourd'hui, le canton s'attache à arracher les affiches restantes.

AIDES FINANCIÈRES POUR SOINS DENTAIRES

Pas de subventions hors canton!

PASCAL GUEX

Les petits Chablaisiens qui voudront soigner leurs caries en cabinets vaudois ne pourront espérer bénéficier d'aucune subvention valaisanne! Le Grand Conseil a en effet classé hier au stade du développement une motion du député **Alphonse-Marie Veuthey** (PDC du Bas) réclamant «l'octroi d'aides pour les traitements dentaires également effectués hors canton».

Système discriminatoire? Le président de Vionnaz a dénoncé le système actuel qui limite les aides financières aux traitements effectués dans des cabinets dentaires valaisans. Une mesure jugée «discriminatoire» et qui pose un certain nombre de problèmes. «De nombreuses familles, notamment vaudoises, prennent domicile en Valais surtout dans le Chablais. Pour des raisons liées aux subventions, elles risquent de mettre un terme à des traitements en cours...» Le motionnaire a aussi insisté sur les importantes collaborations qui existent dans le Chablais entre Vaud et Valais pour justifier un échange de bons procédés. En vain!

Son argumentaire a été mis à mal par un autre démocrate-chrétien, du Centre celui-là. Claude Pernet



s'est en effet opposé avec force à une proposition qui «ne va pas contribuer à faire baisser les coûts de la santé». Pour l'élu du Centre, l'offre des cabinets valaisans installés entre le lac et Saint-Maurice est largement suffisante pour couvrir les besoins de la population chablaisienne.

Claude Pernet a également insisté sur la différence des tarifs pratiqués des deux côtés du Rhône. Et l'intervenant d'évoquer une opération facturée 8000 francs par un dentiste valaisan et qui coûterait près de 12 000 francs dans un cabinet vaudois. Pour Claude Pernet, la proposition de son voisin de banc est «donc dénuée d'intérêt médical et sans attrait financier». Bien au contraire.

Des arguments qui ont eu l'heur de convaincre une majorité de députés, 72 d'entre eux s'étant en effet opposés à cette motion, contre 32 oui et 9 abstentions.

Pubs visées!

S-Dent se trouve à nouveau dans le collimateur du canton. Le Parlement a en effet accepté – par 79 oui, contre 8 non et 2 abstentions – un postulat du député Daniel Porcellana (PDC du Centre) invitant le Département de la santé à ouvrir une enquête sur les pratiques publicitaires de cette société exploitant des établissements médico-dentaires. Ce texte – combattu uniquement par l'UDC – demande au canton «de prendre toutes les dispositions... pour mettre fin à un comportement professionnel incorrect, à une concurrence déloyale ainsi qu'à cette pratique publicitaire». Le postulant reproche à S-Dent l'octroi de bons de réduction, des pubs dans les journaux et expositions ainsi que son sponsoring sportif. PG

MODIFICATION DE LA LOI SUR LES DROITS POLITIQUES (PREMIÈRE LECTURE)

Oui, malgré l'UDC et le PS...

VINCENT FRAGNIÈRE

Les élections communales de 2008 auront lieu le deuxième week-end d'octobre afin d'introduire le vote par correspondance. En première lecture, le Grand Conseil en a décidé ainsi par 99 oui contre 16 non et 10 abstentions.

Les oppositions, principalement socialistes et UDC, n'ont pas concerné cette modification administrative, mais sont liées au mode de scrutin prévu par ce projet de loi, soit un système proportionnel obligatoire pour toutes les communes de plus de 1500 habitants. L'UDC, le PS bas et haut-valaisan ainsi que les radicaux du Haut-Valais auraient aimé que cette limite soit abaissée à 700 habitants «par souci d'une meilleure représentativité du pluralisme politique et non pas renforcer le système majoritaire comme le prévoit ce projet de loi»

ont expliqué successivement les députés Jean-Luc Addor (UDC), Virginie Crettenand (PS/AdG) et Doris Schmidhalter (SPO). Au vote, leur proposition a



été refusée par le Parlement par 74 oui contre 47 non qui, majoritairement, s'est donc rallié à l'argumentation de **Félix Zurbriggen**, chef de la commission, et Jean-René Fournier. «En rendant obligatoire le système proportionnel pour les administrations de plus de 1500 habitants, nous ne sommes pas en train de jouer le jeu du scrutin majoritaire. Je vous rappelle que nous faisons partie des exceptions en Suisse. Dans la plupart des cantons, c'est le régime majoritaire qui régit les élections communales.»

Pas d'exception pour Hérémence. L'UDC a encore tenté de «sauver» la démarche lancée par Grégory Logean pour introduire le système proportionnel à Hérémence sans passer par le vote à l'urne, mais en convainquant le cinquième des citoyens comme le prévoit la loi actuelle. Jean-Luc Addor s'est heurté au Parlement qui a refusé sa proposition «transitoire» pour Hérémence par 100 contre 15. Ce sera donc à l'ensemble des citoyens d'Hérémence de décider si oui ou non ils désirent du scrutin proportionnel. A l'urne...

8% de l'électorat

En première lecture, le Grand Conseil a également décidé de revoir le mode d'élection au Conseil des Etats après l'épisode «Gerlinde Bass» au 2e tour d'octobre. Si la deuxième lecture devant le Parlement en décembre le confirme, il faudra à l'avenir non plus 50, mais 100 signatures de soutien pour se présenter. Quant au deuxième tour du scrutin, seuls les candidats ayant obtenu au moins 8% des suffrages peuvent y participer. Les listes dont l'un des candidats est autorisé à participer au second tour pourront aussi présenter un ou plusieurs nouveaux candidats ou en remplacer un ou plusieurs. Décision finale en décembre. VF

LANGUES ET ENSEIGNEMENT**Une école anglaise en Valais?**

Le Valais pourrait proposer à terme une école en langue anglaise comme offre aux collaborateurs ou spécialistes internationaux intéressés par un poste de travail dans notre canton. Hier, en tout cas, contre l'avis des socialistes, le Grand Conseil a accepté par 83 oui, contre 27 non et 5 abstentions une étude de faisabilité de cette école. *«Toutefois, l'offre de formation en langue anglaise ne doit pas être introduite aux dépens du programme bilingue français-allemand»*, a affirmé René Lorétan qui s'est aussi appuyé sur les déclarations du CEO de Lonza Group Stefan Borgas. *«A moyen terme, nous n'allons pas pouvoir nous passer d'une école en langue anglaise en Valais.»* VF

RIVIÈRES ET RUISSEAUX**Renaturation des cours d'eau**

Le fonds de 2,3 millions de francs lié aux forces hydrauliques va être en partie utilisé ou la renaturation des cours d'eau du canton comme l'ont demandé, dans une motion, les députés Laura Kronig (PS du Haut) et Joël Gaillard (PDC du Bas). *«Nous nous réjouissons que cette motion ne soit pas combattue»*, s'est même exclamé le conseiller d'Etat Thomas Burgener. Le WWF Valais s'est évidemment réjoui de cette décision. *«Le Grand Conseil a donné un signe positif pour plus de rivières et ruisseaux revitalisés.»* VF

NARCISSE CRETENAND**Mi-figue mi-raisin**

Le député radical, vice-président d'Ecologie libérale Narcisse Crettenand a vécu une matinée particulière, tout d'abord souriante avec un gouvernement qui accepte son postulat en faveur d'une société à 2000 Watts. *«Nous proposons d'examiner lors de l'élaboration du programme de politique énergétique les mesures supplémentaires nécessaires pour orienter la politique énergétique vers la société à 2000 Watts.»* Par contre, dans la pratique, la majorité du Grand Conseil n'a pas suivi le député radical sur sa volonté d'interdire les chauffages électriques fixes à résistances dans les nouvelles constructions et de redimensionner des pompes de circulation pour le chauffage. *«A mes yeux, ce Parlement n'est pas très cohérent. Pour ne plus arriver avec des propositions très ciblées, je lance l'idée d'organiser un grand Grenelle sur l'énergie avec tous les partenaires concernés.»* VF

ALLÈGEMENTS FISCAUX**Tout bon pour les PME!**

Le Valais est devenu hier le premier canton romand à se permettre d'alléger la pression fiscale qui pèse sur ses petites et moyennes entreprises (PME). Le Parlement a en effet accepté – par 82 oui, 13 non et 2 abstentions – un train de mesures qui va non seulement contribuer à soulager la masse d'impôts des patrons de PME mais aussi à sensiblement diminuer les tracasseries administratives. Cette révision des conditions fiscales – qui prive le canton, dès cet exercice 2007, de 8,7 millions de francs d'entrées fiscales et les communes d'un montant similaire – a été combattue par la gauche. Laquelle a dénoncé *«des cadeaux fiscaux»* accordés aux actionnaires et une inégalité de traitement avec les ouvriers. En vain! Le Parlement a en effet été suffisamment convaincu par la nécessité de ces allègements fiscaux qu'il a même décidé de les accepter en une seule lecture (par 107 oui contre 5 non). PG

Parlamentarisches Kunterbunt

Im Kantonsparlament waren gestern rund 30 persönliche Vorstösse zu einem breiten Themenkreis traktandiert

Aus dem Walliser Grossen Rat

Sitten. – Der Grosse Rat behandelte gestern gegen 30 persönliche Vorstösse. Entsprechend breit fielen die Themen des letzten Tages der November-Session aus. Sie reicht von der Schaffung einer englischsprachigen Schule über die Einführung des Grundbuchamtes bis hin zur künstlichen Beschneigung.

Kampfwahl für Rekurskommission

Bei der Bestellung der neunköpfigen kantonalen Rekurskommission für Landwirtschaft und Landumlegung kritisiert **Franz Ruppen** (SVP) die parteipolitische Zusammensetzung. Es sind nicht alle Parteien angemessen vertreten. Diese Zusammensetzung widerspricht den demokratischen Prinzipien. Er kündigt die Kandidatur von **Lukas Jäger** aus Turtmann an. Er verfügt über solide juristische und gleichzeitig auch landwirtschaftliche Kenntnisse. Die Kandidatur richtet sich direkt gegen die von Hanspeter Constantin, damit die regionale Vertretung gewahrt bleibt. **Graziella Salzmann Walker** (CSPO) erwähnt, dass der Staatsrat die Vorschläge nach Fachkenntnis gemacht habe und nicht nach Parteien. Die Kandidatur von **Thomas Brunner** als Schreiber wird zurückgezogen. Hingegen hält die CSPO die Kandidatur von **Hans-Peter Constantin** aufrecht. Gewählt wird **Hans-Peter Constantin** mit 72 Stimmen, bei einem absoluten Mehr von 64 Stimmen. Auf **Lukas Jäger** entfallen 57 Stimmen.

Postulat für mehr Lehrstellen

Ein Postulat für die Schaffung von mehr Lehrstellen zur wirksamen Bekämpfung von Jugendgewalt und asozialen Verhalten von **Enrique Caballero** (freisinnig-liberal) wird mit 63 zu 44 Stimmen (7 Enthaltungen)



Tochtertag gestern auch im Walliser Kantonsparlament: 17 Mädchen lernten die kleine Welt des Walliser Kantonsparlamentes kennen, als sie ihre Väter und Mütter zum gestrigen Sessionstag begleiteten.

Foto wb

gen) gegen den Willen der Regierung angenommen.

Englischsprachige Schule im Wallis?

René Loretan (CVPO) entwickelt sein Postulat zur Stärkung des Wirtschafts-, Bildungs- und Wohnstandortes Wallis. Er hält fest, dass der Kanton mittelfristig an einer englischsprachigen Schule nicht vorbeikommt. Dieser Ansicht ist auch **Stefan Borgas**, der CEO der Lonza. Eine englischsprachige Schule erleichtert die Anwerbung von Spitzenkräften für die Wirtschaft. Englisch bleibt immer nur eine Ergänzung zu den beiden Landessprachen. Die SP-Linksallianz bekämpft das Postulat unter Hinweis auf die Chancengleichheit und die Priorität des Französischunterrichts im Oberwallis. Der Rat über-

weist das Postulat mit 83 zu 27 Stimmen (5 Enthaltungen) zur Behandlung an die Regierung.

Langzeitbaustelle

Grundbucheinführung Graziella Walker Salzmann (CSP Oberwallis) befasst sich mit der Langzeitbaustelle Grundbucheinführung. **Staatsrat Jean-Michel Cina** räumt ein, dass es Probleme gibt bei der Einführung des Eidgenössischen Grundbuches im Kanton. Der Staatsrat will diesen Prozess beschleunigen, doch es fehlt an Personal. Im obersten Teil des Kantons wurde mit der Einführung noch kaum begonnen. Dafür müssen die Einführungsgemeinden ein bereinigtes Kataster aufweisen. Priorität hat dabei wegen seiner wirtschaftlichen Bedeutung das Baugebiet. Das Eidgenössische

Grundbuch sollte im Unterwallis im Jahre 2014, im Mittelwallis im Jahre 2018 und im Oberwallis im Jahre 2033 lückenlos eingeführt sein.

Renaturierung der Fliessgewässer

Die vorberatende Kommission verlangt, dass die im Gesetz über die Nutzbarmachung der Wasserkraft gesprochenen Mittel für die Renaturierung der Gewässer verwendet werden. Wie Kommissionssprecherin **Laura Kronig** (SP Oberwallis) ausführt, hat auch **Ständerat Epiney** eine entsprechende

Motion zur Beschaffung der nötigen Mittel eingebracht, die vom Ständerat angenommen wurde. **Staatsrat Thomas Burgener** nimmt die Motion an.

Mit dem Vorstoss auf eidgenössischer Ebene sollen zusätzliche Mittel für die Revitalisierung beschafft werden. Die Motion Epiney stellt einen Gegenvorschlag zur Fischerei-Initiative dar.

Gefahrenquellen im Pfywald

Ignaz Imboden (CSP Oberwallis) bezeichnet den Kanal

der Rhonewerke im Pfywald als Gefahrenquelle. **Staatsrat Thomas Burgener** hält fest, dass es in der 80-jährigen Geschichte der Kraftwerksanlagen und damit des Kanals im Pfywald nur einzelne tragische Zwischenfälle gegeben hat. Bleibt die Frage, ob der Kanal auf seiner ganzen Länge eingezäunt werden soll. Abzuklären ist, ob dieser Aufwand im Verhältnis zum erreichten Resultat steht, führt **Staatsrat Thomas Burgener** aus. Er verschliesst sich aber einer vernünftigen Lösung nicht.

Fortsetzung auf Seite 5

Fragestunde

Muss die Mundbachbrücke wirklich weg?

durch Baulärm und andere Emissionen. Bauarbeiten füh-

gehend selber fallen. Die Anpassungen, die nötig sind, damit die Fahrzeuge den gesetzlichen Erfordernissen entsprechen, sind von den Lieferanten

Parlamentarisches Kunterbunt

Im Kantonsparlament waren gestern rund 30 persönliche Vorstösse zu einem breiten Themenkreis traktandiert

Fortsetzung von Seite 4

Die informelle Pflege vermehrt fördern

Roland Kuonen (SP Oberwallis) weist auf die Bedeutung der informellen Pflege hin. Hier wird oft im Stillen eine sehr wichtige und grosse Arbeit geleistet. Dieses grosse Engagement wird im Wallis zu wenig unterstützt. Dies etwa im Gegensatz zu anderen Kantonen wie dem von Freiburg. Das Postulat wird zur Behandlung überwiesen.

Keine Einschränkungen für die Beschneigung?

Virginie Crettenand (SP-Linksallianz) verlangt die Respektierung eines Zeitplans für die künstliche Beschneigung in Wintersportorten. Die geltenden Vorschriften werden teils missachtet. Stehen einzelne Stationen über dem Gesetz und den Vorschriften? Unnütze Beschneigung ist sinnlos und energiepolitisch unverantwortlich. **Stefan Zurbriggen** (CVP Oberwallis) verlangt, dass man dann schneien darf, wenn es die natürlichen Bedingungen gestatten. **Staatsrat Jean-Michel Cina** betont, dass es für den Bau eine Baubewilligung braucht und zwar der kantonalen Baukommission. Dort werden auch die

Betriebsbedingungen festgelegt.

Revision des Steuergesetzes verabschiedet

Der Grosse Rat verabschiedet die Teilrevision des Steuergesetzes endgültig in einer einzigen Lesung. Es geht darum, die kleinen und mittleren Unternehmen im Bereich der Gewinnsteuer zu entlasten, Doppelbesteuerungen zu vermeiden, Investitionen zu begünstigen und Nachfolgeregelungen zu erleichtern. Dies soll den Unternehmensstandort Wallis stärken. Der Rat stimmt der Vorlage

mit 82 zu 13 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Besetzung von Chefbeamtenposten

Konrad Martig (CVPO) befasst sich mit der Besetzung von Chefbeamtenposten. Das Oberwallis wird nicht mehr im Verhältnis zur Bevölkerungszahl berücksichtigt. Vermehrt zu gewichten ist bei der Besetzung die Zweisprachigkeit. Das Oberwallis soll gleich behandelt werden wie das Mittel- und Unterwallis. Das Postulat wird überwiesen.

Partnerbesteuerung bei Kraftwerken

Claude-Alain Schmidhalter (CVP Oberwallis) befasst sich mit der Besteuerung der Partnerwerke. Diese Problematik ist von der Gemeinde Simplon ins Rollen gebracht worden: Der Strom wird von Partnergesellschaften zu den Gestehungskosten übernommen. Die Partnergesellschaft, die den Strom übernimmt, verkauft den Strom für ein Mehrfaches. Die Besteuerung fällt dann bei den Sitzen der Partnergesellschaften an; bei

Standorten der Kraftwerksgesellschaften im Berggebiet wird nur ein kleiner Teil des Gewinns besteuert. Zu dieser Thematik ist eine vertiefte Diskussion nötig. Das Postulat wird an die Regierung überwiesen.

Zunehmende Gebührenbelastung

Matthias Eggel (FDP Oberwallis) bemängelt die zunehmende Gebührenbelastung. Diese Entwicklung muss gestoppt werden. Dazu braucht es mehr Transparenz und die vergleichende Veröffentlichung von Gebühren. Das Postulat wird überwiesen.

Einführung der Volksmotion abgelehnt

Gael Bourgeois (SP-Linksallianz) fordert die Einführung einer Volksmotion. In anderen Kantonen wie Freiburg hat man mit diesem direktdemokratischen Instrument gute Erfahrungen gemacht. Die CVP Unterwallis, die CVP Mittelwallis und die SVP bekämpfen das Postulat. Das Instrument ist zu schwerfällig; es erfordert 300 Unterschriften. Im Kanton Freiburg sind bisher nur fünf Volksmotionen eingereicht worden. In Solothurn sind in fünf Jahren nur fünf Volksmotionen hinterlegt worden. Oft benutzen die politischen Parteien das Instrument. Das Instrument schwächt das Parlament. Der Rat lehnt den Vorstoss mit 89 zu 20 Stimmen (1 Enthaltung) ab.

Mehr Zweisprachigkeit in der Verwaltung

Laura Kronig (SP Oberwallis) verlangt eine Verbesserung der Zweisprachigkeit in der Verwaltung. Hier bestehen noch Lücken; dies zeigt sich in den Erfahrungen von Bürgerinnen und Bürgern. Das Postulat wird überwiesen. **Ith**

Geändertes Wahlgesetz

Detailberatung zum Gesetz über die politischen Rechte

lth) Der Rat behandelt die Teilrevision des Gesetzes über die politischen Rechte in seinen einzelnen Bestimmungen. Erste wesentliche Änderung: Die Gemeinderatswahlen finden grundsätzlich am 2. Wochenende im Oktober statt. Am zweiten Wahlgang der Ständeratswahlen sollen nur Kandidatinnen und Kandidaten teilnehmen, die 8 Prozent der gültigen Stimmen erhalten haben. Für den 2. Wahlgang können selbstverständlich

neue Kandidaten auftreten. **Matthias Eggel** (FDP) behält sich vor, für die 2. Kommission einen Antrag für ein Quorum von 5 Prozent zu hinterlegen. Die Zahl der nötigen Unterschriften wird bei 50 belassen.

Majorzhürde bei 1500 Einwohnern

Die FDPO, die SPO/SP-Linksallianz und die SVP verlangen, dass nur Gemeinden bis 700 Einwohner das Ma-

jorzsysteem einführen können. Es geht diesen Fraktionen um den Minderheitenschutz. Die Kommission schlägt über Kommissionspräsident Felix Zurbriggen (CSP Oberwallis) 1500 Einwohner als «Majorzgrenze» vor. Der Rat beschliesst mit 74 zu 47 Stimmen, dass das Majorzwahlsystem in Ortschaften bis 1500 Einwohner praktiziert werden kann. Die Teilrevision wird mit 99 zu 16 Stimmen (10 Enthaltungen) in die zweite Lesung verabschiedet.

Fragestunde

Muss die Mundbachbrücke wirklich weg?

Staatsrat Jean-Jacques Rey Bellet geht auf eine Frage von **Franz Ruppen** (SVP) ein. Er bestätigt den Abbruch, aber nicht den ersatzlosen. Die Brücke muss aus Sicherheitsgründen weichen. Ein Ersatz in Form einer Fussgänger- und Velobrücke im Rahmen der 3. Rhonekorrektur ist in Abklärung. Zuerst muss aber das Korrektionsprojekt vorliegen.

Naturschutz als Opfer des NFA?

Staatsrat Rey-Bellet behandelt eine Frage von **Graziella Walker Salzmann**, die sich mit dem Ausfall eines Naturschutzbeitrags des Bundes in der Höhe von 800 000 Franken befasst. Die Beiträge sind im Bundesbudget nicht enthalten. Betroffen sind Leistungsverträge mit der Landwirtschaft. Der Ausfall tangiert allerdings nicht nur das Wallis, sondern auch andere Kantone. Diese verlangen, dass der Bund seinen Verpflichtungen nachkommt.

Bauarbeiten in den Ferienorten

Staatsrat Rey-Bellet beantwortet eine Frage von **Brigitte Diserens** (freisinnig-liberal) zur Belästigung der Gäste

durch Baulärm und andere Emissionen. Bauarbeiten führen nun einmal zu Lärm, sagt der Bauchef. Im Hochbau in den Stationen ist der Kanton nur zu einem sehr kleinen Teil beteiligt. Auf den kantonalen Baustellen werden die jeweiligen kommunalen Beschränkungen respektiert.

Wildes Plakatieren zu Wahlzeiten

Staatsrat Jean-René Fournier befasst sich mit der Problematik des wilden Plakatierens nach einer Frage von **Beat Abgottspon** (CVPO). Die Verwaltung hat Präventionsmassnahmen ergriffen. Sie hielt alle Parteien an, die Vorschriften zu beachten. Einzelne Plakate an besonders riskanten Standorten sind von der Polizei entfernt worden. Nach den Wahlen sollen die Kandidatinnen und Kandidaten ihre Plakate entfernen.

Konzept der Einsatzfahrzeuge

Staatsrat Fournier präzisiert das Einsatzkonzept der Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr, das in einer Frage von **Felix Ruppen** (CVPO) aufgegriffen wird. Die Regierung steht in dieser Beziehung in Kontakt mit den Gemeinden. Dabei können die Gemeinden die nötigen Entscheidungen weit-

gehend selber fällen. Die Anpassungen, die nötig sind, damit die Fahrzeuge den gesetzlichen Erfordernissen entsprechen, sind von den Lieferanten vorzunehmen. Der Kanton springt nur ein, wenn ein Lieferant vom Markt verschwunden ist.

Wie wichtig ist die Windenergie?

Staatsrat Thomas Burgener umreissst die Entwicklung bei der Windenergie auf eine Frage von **Doris Schmidhalter Näfen** (SP Oberwallis) hin. Der Staatsrat ist über das Projekt der Gemeinde Oberwald informiert worden. Die Gemeinde will, dass der Sitz und damit der Nutzen der Gesellschaft im Dorf bleibt. Die Gemeinde hat bewusst keine Zusammenarbeit mit einem grossen Überlandwerk gesucht. Die kantonale Elektrizitätsgesellschaft soll angehalten werden, solche Projekte zu unterstützen. Die Regierung steht dem Projekt in Oberwald positiv gegenüber. Nach den Messungen, also in einem Jahr, ist mit der Hinterlegung eines Baugesuches zu rechnen. Dann wird abzuwägen sein zwischen den Interessen der erneuerbaren Energien und denen des Landschaftsschutzes. Die Windenergie soll in Walliser Händen bleiben. Erst die Messergebnisse werden zeigen, ob das Vorhaben auf der Grimselpasshöhe wirtschaftlich ist. **lth**

Parlaments-Splitter

Das Ausmass sprachlicher Verlüderung wird gerade in der Werbung augenfällig. Nicht nur im Deutschen. «Vacances bookées, ligne à relover», lautet ein Slogan in «Franglais», der die Plakatwände der Kantons-hauptstadt ziert. Das will sagen: Sie haben Ferien gebucht und sollten nun Ihren Ranzen loswerden.

*

Dabei haben Untersuchungen im deutschen Sprachraum ergeben, dass nur ein kleiner Teil der Bevölkerung schnallt, um was es bei englisch eingefärbter Werbung geht. «Engleutsch» kann also die frohe Konsumbot-schaft ebenso wenig transportieren wie «Frang-lais». Hauptsache, die Werbeleute finden es originell.

*

Gestern war «Girls-Day», Pardon – natürlich Tochter-tag! 17 junge Damen, die Töchter von Parlamen-tarierinnen und Parlamen-tariern, lernten so wäh-rend eines Tages die Poli-

tik-Welt ihrer Väter und Mütter kennen.

*

In einer Frage befasst sich Beat Abgottspon von der CVPO mit genau dem Punkt, den wir gestern ohne Wissen des Vor-stosses in den Parla-ments-Splittern am Bei-spiel von Madame Bovier dargelegt haben: dem wilden Plakatieren zu Wahlzeiten. Tatsächlich müssen wir die an Later-nenpfählen, Verkehrs-schildern und Gebäude-wänden angekleisterten «Visagen» während Jah-ren anschauen. Oft genug eine blanke Zumutung!

*

Braucht es eine Lex Ger-linde? Die Frage zog sich gestern am Rande durch die Beratungen der Revi-sion des Gesetzes über die politischen Rechte. Beschlossen wurde nun, dass für den zweiten Durchgang der Stände-ratswahlen nur noch zuge-lassen wird, wer im ersten Durchgang auf 8 Prozent der Stimmen gekommen war.

*

Der Rat hat eine ganze Reihe von energiepoliti-schen Vorstössen abge-lehnt, die aus der liberal-ökologischen Ecke um Grossrat Narcisse Cret-tenand von den Freisin-nig-Liberalen stammten. Die Begründung: Viele der Anträge würden offene Türen einrennen oder trü-gen den örtlichen Beson-derheiten nicht genügend Rechnung. Bekämpft wur-den die Anträge vorab von Vertretern des Elektroge-werbes.

*

Offenbar wird ein kriti-scher Bericht zu den früheren Aktivitäten des Institutes Kurt Bösch sorg-fältig unter Verschluss ge-halten. Es ist wohl nur ei-ne Frage der Zeit, bis die-ses Dokument den Weg an die Öffentlichkeit findet. Dieses Institut war einst eines der Vorzeigestücke der Walliser Radikalen. Dann folgte ein Nieder-gang, der sich offenbar auch in Misswirtschaft nie-derschlug.

lth